

W o r t p r o t o k o l l

1. Tagung

der konstituierenden Tagung des Landtages Sachsen-Anhalt
=====

Alterspraesident Abg. H i l d e b r a n d t :

Sehr geehrte Damen und Herren des Landtages!

Zur konstituierenden Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt
heisse ich Sie alle herzlich willkommen.

In jedem Parlament der Welt leitet der aelteste Abgeordnete den
ersten Teil der Sitzung des neugewaehlten Landtages bis zur
Wahl des Praesidenten.

Ich bin Heinz Hildebrandt aus Wernigerode, ueber den Landes-
wahlvorschlag der F.D.P. gewaehlter Abgeordneter dieses Landta-
ges. Ich wurde am 31. Juli 1921 geboren.

Ich frage, ob sich unter den gewaehlten Abgeordneten jemand
befindet, die oder der aelter ist als ich. - das ist nicht der
Fall. Ich eroeffne daher die erste Plenarsitzung des Landtages
und begruesse auch alle Gaeste auf das herzlichste.

Besonders begruessen wir:

- die Vizepraesidentin des Deutschen Bundestages, Frau
Annemarie Renger;
(lebhafter Beifall bei allen Fraktionen des Hauses)

- den Praesidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Herrn
Juergen Wohlrabe;
(Beifall)

- die Vizepraesidentin des Niedersaechsischen Landtages, Frau
Herrmann;
(Beifall)

- den Minister fuer Bundes- und Europangelegenheiten, Herrn
Trettin;
(Beifall)

- den Botschaftsrat der Amerikanischen Botschaft, Herrn Tom
Gerth;
(Beifall)

- den Oberbuergermeister der Stadt Dessau, Herrn Dr. Neubert;
(Beifall)

- den Stellvertretenden Kirchenpraesidenten der Evangelischen
Landeskirche Anhalt, Oberkirchenrat Schulze;
(Beifallö)

- den Probst der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen, Herrn
Treu;
(Beifall)

- den Generalvikar Stolpe für die katholische Kirche
(Beifall)

Es ist notwendig, aus der Mitte des Hauses zwei Abgeordnete aufzurufen, die bis zur Wahl des Praesidiums mit mir gemeinsam den Sitzungsvorstand bilden. Aus der Tradition heraus werden als vorlaeufige Schriftfuehrer vom Alterspraesidenten die zwei juengsten Abgeordneten benannt. Das sind die Abgeordnete Katrin Budde von der SPD, geboren am 13. April 1965, und der Abgeordnete Thomas Felke von der SPD, geboren am 13. April 1963.

Ich frage beide, ob sie bereit sind, dieses vorlaeufige Amt zu uebernehmen. - Ich hoere keinen Widerspruch und bitte sie, zu meiner rechten und linken Seite am Praesidententisch Platz zu nehmen.

Ich danke den beiden und stelle fest, dass damit der vorlaeufige Sitzungsvorstand komplett ist.

Meine Damen und Herren!

Zunaechst ein herzliches Dankeschoen der Bundeswehr und den hier ansaessigen Soldaten, die uns die heutige Sitzung ermoeeglichen. Bitte haben sie Verstaendnis. Hier muss viel improvisiert werden. Es ist nicht alles so, wie man das normalerweise vorfindet. In Zunkunft kann aber alles nur noch besser werden.

Verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen!

Dies ist der gluecklichste Augenblick meines Leben, wo ich als der Aelteste unter Ihnen die erste freigewaehlte Volksvertretung des Landes Sachsen-Anhalt nach mehr als 40 Jahren eroeffnen und leiten darf. Ich bin froh, nach einem harten Berufsleben in einem Unrechtsstaat meinen Lebensabend heute in einem befreiten Land verbringen zu duerfen. Dass ich die heutige Landtagssitzung eroeffne, ist fuer mich Bestaetigung meines Lebens.

Mein Lebenslauf ist der, den Tausende Menschen in unserem Land erlitten haben:

in der Kinheit das Erlebnis der Zerstoerung der Demokratie von Weimar, in der Jugend die Verblendung der Zeit des Nazismus und des Krieges und als junger Erwachsener voller Hoffnungen aus dem Kriege zurueck in der Erwartung eines Neubeginns in Deutschland, Glauben an die Versprechungen der Sowjetischen Besatzungsmacht und spaeter der eigenen Regierung auf eine bessere Zukunft, dann aber Widerstand, Teilnahme am 17. Juni 1953 in Bitterfeld und Inhaftierung beim MfS in Halle unter unmenschlichen Bedingungen.

Es folgte die Entlassung aus dem geliebten Foersterberuf. Berufsfremde, gesundheitsschaedliche Arbeit in Wolfen. Aber ich habe wie viele Mitmenschen die Hoffnung auf ein besseres Deutschland nie aufgegeben - und sie ist im November 1989 in Erfuellung gegangen.

Dank den Zehntausenden, die - wie ich - durch die gewaltfreien Demonstrationen vor einem Jahr das Unrechtssystem mit einer friedlichen Revolution hinweggefegt haben.

Durch die ersten freien Wahlen am 18. März bekannte sich der weitaus ueberwiegende Teil der mitteldeutschen Buerger zu dieser Revolution und zu einem einheitlichen Deutschland. An diesem besseren Deutschland wollen wir nun alle gemeinsam mitarbeiten.

Vor uns liegt ein grosses Aufgabengebiet. Interfraktionell werden wir demnaechst nach Loesungen suchen, dass uns der Stasi nicht noch im Landtag in Gestalt ehemaliger Mitarbeiter einholt. Ich selbst werde meine ganze Kraft gegen Fuehrungsansprueche der ehemaligen Stasi-Taeter einsetzen und versuchen, dass den Opfern des Stalinismus Recht widerfaehrt. Wir koennen uns bei der Meisterung der vor uns liegenden Aufgaben der Solidaritaet aller Bundeslaender und des Bundes sicher sein.

Der Wahlkampf liegt nun hinter uns. Es hat manchen harten Schlagabtausch gegeben, im grossen und ganzen war er jedoch fair und dem ethischen Anspruch der Bewegung unserer Buerger, die im vorigen Jahr zu der Wende gefuehrt hat, angemessen. Lassen Sie uns auch in Zukunft in der Sache harte Auseinandersetzungen fuehren, aber die Ueberzeugung des politischen Gegners achten.

Meine persoenlichen Bemerkungen, die ich dem Landtag mit auf den Weg geben moechte, schliesse ich mit einem Zitat aus der Eroeffnungsrede des Alterspraesidenten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt, des Liberalen Carl Delius aus Halle Neu Woermlitz. Er hat vor fast 44 Jahren, am 18. November 1946, in Halle im damaligen Stadtschuetzenhaus mit dem aus der damaligen Zeit verstaendlichen Pathos gesagt:

"Lassen sie sich auch durch gehaessige Angriffe in Ihrer Wirksamkeit nicht beirren, wenn Sie immer die Ueberzeugung haben, alles getan zu haben, dass Sie vor sich selbst bestehen koennen. Immer soll uns aber bei allen unseren Arbeiten nur der eine Gedanke beherrschen:

Deutschland, unser heissgeliebtes einiges Vaterland. Und nun wollen wir mit aller Kraft an die Arbeit gehen."

Dem moechte ich mich anschliessen und Ihnen in diesem Sinne zurufen: "An die Arbeit!"

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren des Landtages!

Wir kommen jetzt durch Namenszuruf zur Feststellung der Beschlussfaehigkeit. Ich bitte die Abgeordnete Katrin Budde und den Abgeordneten Thomas Felke, die Namen der Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt zu je zehn aufzurufen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, nach dem Aufruf Ihres Namens aufzustehen und mit "hier" zu antworten. Dies soll gleichzeitig dem gegenseitigen Kennenlernen dienen.

(Die Abgeordneten Katrin Budde und Thomas Felke verlesen in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Abgeordneten des Landtages, die sich jeweils melden. Der Abgeordnete Kleinau ist nicht anwesend.)

Alterspräsident Abg. H i l d e b r a n d t :

Meine Damen, meine Herren!

Es sind 106 Abgeordnete in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt worden. Durch Namensaufruf wurde festgestellt, daß 105 Abgeordnete anwesend sind. Der Landtag ist also beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend sind. Dies ist der Fall. Ich stelle hiermit die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

Mir liegt eine notariell beglaubigte Erklärung vor, daß der Abgeordnete Kleinau, Armin, auf sein Mandat verzichtet. Nach § 48, Abs. 4 des Landeswahlgesetzes hat der Landtag über den Verlust der Mitgliedschaft des Abgeordneten Beschluß zu fassen. Ich schlage diesen Beschluß vor. Ich bitte um das Handzeichen, wer für diesen Beschluß ist. - Wir machen die Gegenprobe. - Enthaltungen. - Ich stelle fest, daß die Erklärung mit einer Gegenstimme angenommen ist.

Das Nachrücken des Ersatzmannes regelt jetzt sofort der Landeswahlleiter. Wir unterbrechen deshalb ganz kurz die Sitzung, aber ich bitte Sie, auf Ihren Plätzen sitzen zu bleiben.

Abgeordneter E n g e l (Bündnis 90/Grüne):

Zur Geschäftsordnung. Wir sind der Ansicht, daß beim Wegfall eines Direktmandats nach unserem Demokratieverständnis kein Nachrückkandidat auf der Liste erscheinen darf.

(Beifall bei SPD und PDS)

Direktwahl geht vor Zweitstimme, deshalb ist ja auch der Landtag auf eine größere Anzahl von Personen aufgestockt worden. Der Wegfall eines Mandats bedeutet Verlust für die Fraktion, die das betrifft. Ich weiß nicht, welche Begründung im Augenblick dafür spricht, den Landeswahlleiter noch einmal in Aktion zu rufen.

Abgeordneter A u e r (CDU):

Die CDU-Fraktion hat bei der Wahl 48 Direktmandate erreicht. Aufgrund ihrer großen Anzahl von Direktmandaten nach Berechnung des Landeswahlleiters hat sie prozentual mehr Sitze im Landtag, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen. Dies ist rechtlich einwandfrei. Nach § 7 Abs. 5 des Länderwahlgesetzes wird die Zahl der nach dem Zweitstimmenergebnis erzielten Sitze automatisch erhöht um die Zahl der erreichten Direktmandate, die dieses Ergebnis überschreiten. Eine erneute Berechnung findet nicht statt. Diese Regelung entspricht im Kern den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes. Laut § 49 des Länderwahlgesetzes regelt dieser Paragraph eindeutig die Nachfolge, wenn ein Mitglied des Landtages aus dem Landtag ausscheidet, nach der Landesliste, indem ein Mitglied über die Landesliste in dieses Parlament einziehen kann.

Ich möchte gleich einwenden: Die CDU-Fraktion ist nicht der Meinung, daß man hier heute über einen Wahlerfolg der CDU streiten sollte. Wenn ein Mitglied unserer Fraktion vor der Konstituierung dieses Tages sein Mandat zurückgibt, aus welchen Gründen auch immer, dann sollten wir diesen Mann dafür loben, daß er sein Mandat vorher niederlegt. Deswegen sind wir auch der Meinung, daß es eine einwandfreie Sache ist.

(Unruhe - Beifall)

Abgeordneter E n g e l (Bündnis 90/Grüne):

Wir beantragen drei Minuten Auszeit.

Abgeordnete Dr. Petra S i t t e (PDS):

Ich möchte mich ebenfalls auf den § 49 des Länderwahlgesetzes beziehen. Dort wird eindeutig von Landesliste gesprochen. Sie haben selber die Überhangmandate angeführt. Es hieße nach dem Verständnis, daß aus diesem Paragraphen hervorgeht, daß, wenn überhaupt aus der CDU-Landesliste einer nachrücken kann, mindestens 9 Kandidaten zurücktreten, um hier einen Nachfolgekandidaten zu finden.

(Beifall bei SPD und PDS)

Abgeordneter E n g e l (Bündnis 90/Grüne):

Wir beantragen exakt drei Minuten Auszeit. Die Situation ist so prekär, daß wir etwas Ruhe eintreten lassen wollen.

Alterspräsident Abg. H i l d e b r a n d t :

Die drei Minuten sind von 11.11 Uhr bis 11.14 Uhr.

(Unterbrechung)

Ich bitte, wieder platzzunehmen. Wir wollen exakt die Zeit einhalten, und wir sind schon in Zeitverzug. Herr Dr. Höppner hat kurz ums Wort gebeten. Ich möchte es ihm erteilen.

D r . H ö p p n e r (SPD):

Ich möchte für die Fraktion der SPD im Landtag folgendes erklären:

1. Wir begrüßen, daß Herr Abgeordneter Kleinau sein Mandat niedergelegt hat. 2. Wir können jetzt in dieser kurzen Zeit die sich daraus ergebenden rechtlichen Konsequenzen nicht übersehen. Sie müssen erst geprüft werden. Wir sind ja als Landtag in der merkwürdigen Situation, die es sonst eigentlich kaum gibt, daß wir 8 Überhangmandate haben, daß aber das Wahlgesetz - ich war selbst dabei, als es gemacht wurde, und wir haben es einfach nicht gedacht - keine Ausgleichsmandate vorsieht, so daß wir die Zusammensetzung des Landtages haben, wie sie Ihnen jetzt vorliegt, daß ja nicht dem Verhältnis der Zweitstimmen entspricht, was sonst normalerweise im Parlament der Fall ist. Diese Frage ist etwas kompliziert gewesen, daß Bundesverfassungsgericht hat sich auch schon damit beschäftigt und die Entscheidung gefällt, daß dies wohl möglich ist.

Wie das freilich jetzt ist, wenn ein Direktmandat niedergelegt wird, ist im Moment für uns nicht zu übersehen. Wir würden darum empfehlen, daß wir jetzt zur Kenntnis nehmen, daß das Mandat im Moment unbesetzt ist, und die Frage geklärt wird, bevor wir über einen Nachrücker entscheiden.

Wir wollen aber 3. von uns aus erklären, damit es gar keine Mißverständnisse gibt, die Wahl des Ministerpräsidenten hängt für uns nicht mit der Frage zusammen, ob ein Kandidat von der Landesliste der CDU in den Landtag einrückt oder nicht. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Alterspräsident H i l d e b r a n d t:

Dazu liegt eine Wortmeldung vor, wir geben sie als eine Erklärung ab.

Der gestellte Antrag ist anundfürsich unzulässig. Das Nachrückverfahren ist in Paragraph 49 des Landeswahlgesetzes geregelt.

Damit können wir mit unserem Programm fortfahren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ihnen liegt ein Vorschlag für die Tagesordnung gedruckt vor.

Der Landeswahlleiter hat mitgeteilt, daß Herr Dr. Gies nach der Landesliste nachgerückt ist und das Mandat angenommen hat.

(Beifall bei der CDU - Protestrufe von der SPD und vom Bündnis 90/Grüne)

Abg. Dr. Petra S i t t e (FDS):

Ich sehe einen Widerspruch zu dem, was Sie, Herr Präsident, vorher gesagt haben, mit dem, was als 2. bekanntgegeben wird. Ich gestatte mir, den Standpunkt unserer Fraktion darzulegen. Wir sind nicht der Meinung, daß das rechtens ist, sondern es muß geprüft werden durch den Bundeswahlleiter, und wir werden entsprechend dem Wahlrecht vorgehen.

(Zwischenruf: durch den Landeswahlleiter!)

Es liegt offensichtlich diese Entscheidung vor. Der Herr Alterspräsident hat gesagt, daß der Landeswahlleiter inzwischen eine Stellungnahme gibt und die Möglichkeit des Nachrückens prüfen würde. Das scheint das Ergebnis der Prüfung des Landeswahlleiters zu sein, und uns scheint das Ergebnis nicht rechtens zu sein.

Abg. T s c h i c h e (Bündnis 90/Grüne):

Mir scheint folgendes vorzuliegen, daß auf Grund der Machtkonstellation, die hier im Landtag entstanden ist, die CDU jetzt versucht, die Sache auf jeden Fall durchzudrücken. Die SPD hat ein faires Angebot gemacht,

(Zuruf von der CDU: Die ist durch eine Wahl entstanden!)
und es ist deutlich, daß die Überhangmandate nicht der Prozentzahl entsprechen. Das ist so schwierig, daß das geklärt werden muß.

Es wurde gesagt, ich denke, daß ist richtig, daß schließt die Wahl nicht aus, bloß wenn ich das mit Gewalt versuche durchzudrücken, muß man die politischen Entscheidungen neu durchdenken, die dann gefällt werden müssen. So geht es auf keinen Fall, daß Sie jetzt gleich wieder versuchen, die Mehrheitsverhältnisse so durchzusetzen, obwohl juristische Zweifel da sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der FDS und beim Bündnis 90/Grüne)

Abg. C l a u s (PDS):

Herr Praesident!

Sie hatten auf widerspruechliche Weise die Aeusserung des Landeswahlleiters, Herrn Dreier, hier zitiert. Ich muss als Grundlage fuer unseren Einspruch beim Bundeswahlleiter Sie bitten, den Landeswahlleiter aufzufordern, seine Stellungnahme vor dem Landesparlament hier kundzutun, damit das nicht wieder missverstaendlich deutbar ist. Das waere meine Bitte an Sie.

Alterspraesident H i l d e b r a n d t :

Das ist richtig. Mir liegt ein Schreiben des Landeswahlleiters vor, worauf ich mich jetzt berufe. Ich trage Ihnen das vor - an den Praesidenten des Landtages Sachsen-Anhalt: "Sehr geehrter Herr Praesident! Ich moechte Sie davon in Kenntnis setzen, dass gemaess der Paragraphen 47 und 49 des Landeswahlgesetzes vom 22. 7. 1990 und des Paragraphen 76 der Landeswahlordnung Herr Dr. Gies als Listennachfolger der Landeslisten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in den Landtag Sachsen-Anhalt eingetreten ist. Die Annahmeerklaerung ist am 28. 10. eingegangen. Hochachtungsvoll : Dreier "

(Beifall besonders von der CDU)

Das ist nun Sache des Wahlpruefungsverfahrens, hier eine Erklaerung abzugeben.

(Zuruf von Abg. Claus von der PDS: Das genuegt.)

Ich habe Ihnen hier die Erklaerung vorgetragen. Es ist jetzt Sache des Wahlpruefungsverfahrens, in dieser Sache zu entscheiden.

So, wir fahren fort. Meine Damen und Herren, Ihnen liegt ein Vorschlag fuer die Tagesordnung vor.

Abg. ... (CDU):

Wir stellen den Antrag, dass Herr Gies sein Mandat heute uebernimmt.

(Zuruf von CDU: Hat er schon.)

Alterspraesident H i l d e b r a n d t :

Das hat er uebernommen. Das ist Sache des Wahlpruefungsverfahrens.

So, wir fahren fort mit der Tagesordnung. Ich wiederhole, meine Damen und Herren, Ihnen liegt ein Vorschlag fuer die Tagesordnung vor. Erhebt sich dagegen ein Widerspruch?

Abg. ... (CDU):

Herr Hildebrandt, ich beantrage Unterbrechung der Sitzung fuer 10 Minuten.

Alterspraesident H i l d e b r a n d t :

Darueber muessen wir jetzt abstimmen. Wer fuer die Unterbrechung der Sitzung ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Handzeichen vor allem von CDU und PDS)

Gegenstimmen?

(Handzeichen vor allem SPD)

Stimmenthaltungen?

Der Vorschlag ist eindeutig mehrheitlich angenommen. Wir unterbrechen die Sitzung fuer 10 Minuten, bis 11.36 Uhr.

Alterspraesident Abg. H i l d e b r a n d t :

Meine Damen und Herren!

Bitte, nehmen Sie wieder ihre Plaetze ein. Ich weisz gar nicht, diese konstituierende Sitzung hat so friedlich angefangen. Drauszen haben wir den herrlichsten Sonnenschein. Stuermisch wurde es erst, als sich hier im Hause Widerspruch erhob. Das soll uns nicht hindern, die Sache jetzt zum erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Ich kann Ihnen hier erklaren, dass ueber das Nachruecken allein der Landeswahlleiter entscheidet, und diese Entscheidung hat der Landeswahlleiter getroffen: Herr Dr. Gies ist Mitglied des Landtages.

(Beifall, vor allem bei der CDU)

Und falls das vorhin untergegangen sein sollte: Ich begruesse ihn hier noch einmal auf das herzlichste.

(Beifall, vor allem bei der CDU)

Die von der Opposition aufgeworfene Frage kann jetzt hier nicht vom Landtag entschieden werden. Gesetzlich vorgesehen ist, dass dazu ein Wahleinspruch eingereicht werden kann, ueber den zunaechst der Wahlpruefungsausschusz zu beraten und dann der Landtag zu entscheiden hat - Paragraph 53 des Landeswahlgesetzes.

(Abg. Prof. Dr. Petra Sitte, PDS: Wir fechten nicht die Wahl an!)

Um den Charakter der konstituierenden Sitzung nicht ganz und gar platzen zu lassen, schlage ich vor...
(Heiterkeit)

Dazu ist die Sache heute zu ernst, und ueber dieses Problem musz zunaechst der Wahlpruefungsausschusz entscheiden. Ich moechte doch in der Tagesordnung fortfahren.

Ich kuendigte bereits an, dass ein Vorschlag zur Tagesordnung gedruckt vorliegt. Erhebt sich Widerspruch gegen die Tagesordnung? - Ich sehe und hoere keinen Widerspruch. Dann lassen wir ueber die vorliegende Tagesordnung im Ganzen abstimmen.

Wer fuer die Annahme dieser Tagesordnung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe: - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, die Tagesordnung ist mit Mehrheit gebilligt worden.

Meine Damen und Herren!

Ich habe eine wesentliche Verfahrensfrage fuer den weiteren Ablauf zu klaeren. Es betrifft die Geschaeftsordnung. Der Landtag hat noch keine Geschaeftsordnung. Als ein Zeichen der Kontinuitaet des Landes Sachsen-Anhalt schlage ich als vorlaeufige Geschaeftsordnung im Einvernehmen mit den Fraktionen die Anwendung der Geschaeftsordnung von 1946 vor, die sich der frei gewaehlte Landtag des Landes Sachsen-Anhalt am 18. Dezember 1946 gegeben hat.

Ich bitte um Zustimmung, dass wir zunaechst bis zur Verabschiedung der endgueltigen Geschaeftsordnung mit der vorlaeufigen arbeiten sowie einen Geschaeftsordnungsausschusz bilden. Dazu haben Sie die Drucksache 1/1 auf Ihrem Platz vorliegen. Ich hoere dazu keinen Widerspruch. Es ist also so beschlossen.

(Heiterkeit und Zurufe: Abstimmen!)

Meine Damen, meine Herren!

Noch eine Zwischenbemerkung: Wer sich zu Wort melden moechte, tritt nachher bitte das an Mikrophon, stellt sich mit Namen vor, damit wir uns gegenseitig kennenlernen, denn die Uebertragung ist so schlecht, dass das im Saal nicht verstanden wird.

Meine Damen und Herren!

Ich kann Ihnen nunmehr mitteilen, dass sich im Landtag von Sachsen-Anhalt fuef Fraktionen konstituiert haben, und zwar
die CDU-Fraktion mit 48 Mitgliedern,
die SPD-Fraktion mit 27 Mitgliedern,
die FDF-Fraktion mit 14 Mitgliedern,
die PDS-Fraktion mit 12 Mitgliedern
und die Fraktion Buendnis 90/Gruene mit 5 Mitgliedern.

Meine Damen und Herren!

Wir haben bei der Begruessung der Ehrengaeste vergessen, Herrn Dr. Albrecht zu begrueszen.
(Beifall, vor allem bei der CDU)

Das will ich hier in aller Form nachholen.

Meine Damen, meine Herren!

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt Wahl des Landtagspraesidenten. Nach parlamentarischem Brauch ist ...

Abg. Dr. H o e p p n e r (SPD):

Zur Geschaeftsordnung: Ich moechte darauf hinweisen, dass wir, wenn ich es nicht ganz verpasst habe, ueber Drucksache 1/1 nicht abgestimmt haben. Diesen Beschluss brauchen wir aber, wenn wir mit einer Geschaeftsordnung arbeiten wollen. Es muss also noch ueber die Drucksache 1/1 abgestimmt werden.

Und wenn ich einmal hier bin, darf ich darauf hinweisen, dass immerhin der Praesident der Bremischen Buergerschaft, Herr Klink, auch hier ist.

(Beifall)

Alterspraesident Abg. H i l d e b r a n d t :

Dann begrüße ich als weiteren Ehrengast zunaechst noch Herrn Dr. Klink, Praesident der Bremischen Buergerschaft.

(Beifall)

Auf Antrag stimmen wir also ueber die Drucksache 1/1 ab. Soll ich sie jetzt im Wortlaut noch einmal vortragen? Ich glaube, nein. Dann koennen wir abstimmen.

Wer fuer diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Dann kommen wir gleich zur Gegensprobe. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Also ist dieser Vorschlag einstimmig angenommen.

Wir kommen somit zur Wahl des Landtagspraesidenten. Ich hatte bereits angefangen: Nach parlamentarischem Brauch ist die staerkste Fraktion des Hauses hier vorschlagsberechtigt, und das ist die CDU-Fraktion.

Sie hat in ihrer Drucksache 1/2 den Abgeordneten Dr. Klaus Keitel vorgeschlagen. Ich wollte anregen, dass die Wahl gemuess Paragraph 2 Absatz 2 durch Zuruf vorzunehmen ist.

Abg. C l a u s (PDS):

Paragraph 2 Absatz 2 der Geschaeftsordnung regelt, dass die Zurufmethode nur moeglich ist, sofern sich kein Widerspruch erhebt. Ich bringe diesen Widerspruch namens der PDS-Fraktion ein. Das bedeutet, das geheime Wahl erforderlich ist.

Alterspraesident H i l d e b r a n d t :

Da dem Vorschlag widersprochen wurde, muessen wir die geheime Wahl durchfuehren.

Ich darf Ihnen jetzt das Abstimmungsverfahren erlaeuern: Es erfolgt jetzt ein Namensaufruf in alphabetischer Reihenfolge. Ich bitte dann die Kolleginnen und Kollegen vorzutreten, hier ihren Stimmzettel in Empfang zu nehmen und in der Kabine ihre Wahl zu treffen und sodann den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen.

Ich bitte um Ihr Einverstaendnis, dass wir fuer den Wahlvorgang einen weiteren Schriftfuehrer benoetigen, der dafuer Sorge traegt, dass alle Abgeordneten die Wahlkabine benutzen. Ich schlage fuer den Posten des Schriftfuehrers den naechstaeltesten Abgeordneten vor, und das ist nach der mir vorliegenden Liste der Kollege Karl Koepke. Gibt es gegen den Vorschlag Widerspruch? - Es ist somit also beschlossen.

Der Landtagsabgeordnete Kollege Karl Koepke hat seinen Platz neben der Wahlkabine eingenommen. Es hat gegen ihn keinen Widerspruch gegeben. Es ist beschlossen.

Ich bitte jetzt die Schriftfuehrer darum, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Die Schriftfuehrer verlesen die Namen der Abgeordneten, die in geheimer Wahl den Landtagspraesidenten bestimmen.)

Alterspraesident H i l d e b r a n d t :

Ich bitte die Schriftfuehrer um Abgabe ihrer Stimme. -

Meine Damen, meine Herren!

Ich frage, ob noch ein Mitglied des Landtages im Saal ist, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat. - Das ist nicht der Fall. Damit schlieÙe ich die Wahlhandlung und bitte die Schriftfuehrer, die Auszaehlung der Stimmzettel vorzunehmen. Fuer die Dauer der Auszaehlung unterbreche ich die Sitzung, das heist, fuer etwa 10 Minuten, also bis gegen 12.20 Uhr.

(Unterbrechung)

Die Sitzung ist wieder eroeffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl des Praesidenten bekannt.

Abgegebene Stimmen: 106, davon gueltige Stimmen: 106. Fuer Herrn Dr. Keitel haben gestimmt: 84.

(starker Beifall - Glueckwuensche)

Gegenstimmen: 17, Stimmenthaltungen: 5

Nach § 2, Abs. 2 ist gewaehlt, wer die Mehrheit der abgegebenen gueltigen Stimmen erhaelt. Dies ist nach dem Wahlergebnis der Abgeordnete Dr. Klaus Keitel. Herr Dr. Klaus Keitel, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Dr. K e i t e l :

Ich nehme die Wahl an.
(Beifall)

Alterspraesident Abg. H i l d e b r a n d t :

Ich bitte Sie, Herr Dr. Keitel, zum Gelobnis nach vorn zu kommen.

Meine Damen, meine Herren! Ich bitte Sie, sich von Ihren Plaetzen zu erheben.

(alle Anwesenden erheben sich von den Plaetzen)

Herr Präsident! Sie geloben, daß Sie die Gesetze beachten und Ihr Amt nach bestem Wissen und Gewissen ausüben werden, daß Sie Gerechtigkeit walten lassen gegen jedermann und Ihr Amt unparteiisch ausüben werden.

Abg. Dr. K e i t e l :

Herr Alterspräsident! Ich gelobe es, so wahr mir Gott helfe!
(Beifall)

Alterspräsident Abg. H i l d e b r a n d t :

Herr Präsident! Ich bitte Sie nun, diesen Platz einnehmen zu wollen. Ich beglückwünsche Sie im Namen des Hauses zu diesem Amt und wünsche Ihnen volle Kraft, daß Sie in jeder Herausforderung wachsen werden zum Wohle des Landes und seiner Einwohner. Herzlichen Glückwunsch!
(Beifall)

Präsident Dr. K e i t e l

Hochverehrte Ehrengäste! Verehrte Gäste! Liebe Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalt!

Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Ich danke meiner Fraktion für die Nominierung für dieses Amt, und ich danke Ihnen für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Es ist für mich selbstverständlich, daß ich dieses Amt unparteiisch gegenüber den Abgeordneten des Hauses und fürsorglich gegenüber den Mitarbeiter der Landtagsverwaltung führen werde.

Ich danke dem Herrn Alterspräsidenten, unserem Kollegen Hildebrandt, für die bisherige Leitung der ersten Landtagssitzung, aber auch für seine eindrucksvollen Worte, die er an uns gerichtet hat.

(Allgemeiner Beifall)

Seine Ausführungen waren ein Zeitzeugnis zum Schicksal der Menschen, die in diesem Teil Deutschlands gelebt haben und leben. Für uns alle ist der heutige Tag von besonderer Bedeutung, und zwar wegen der uns zuwachsenden Verantwortung für dieses Land Sachsen-Anhalt und seine Bürger.

Mir geht es wie der Mehrzahl von Ihnen, werte Abgeordnete, daß ich noch vor einem Jahr den Gedanken an eine Mitgliedschaft in einem freigewählten Landtag Sachsen-Anhalt als Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland in den Bereich der Fantasterei verwiesen hätte.

Wir alle gehen mit bestem Willen an die Arbeit und wollen das Vertrauen der Bürger von Sachsen-Anhalt rechtfertigen und, wo nötig, gewinnen. Die Bürgerinnen und Bürger werden ab heute das Parlament ihres Landes an den Ergebnissen seiner Arbeit messen.

Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt ermöglicht eindeutige und stabile Mehrheiten. Bei aller Freude über die Wiederbegründung unseres Landes Sachsen-Anhalt und die Konstituierung des Landtages am heutigen Tag muß uns bedrücken, daß mehr als ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung an der Landtagswahl nicht teilgenommen hat.

Die Parteien, aber auch das Parlament werden hier sehr nüchtern und sehr sachlich Ursachenforschung zu betreiben haben. War es nur Wahlmüdigkeit im dritten Wahlgang dieses Jahres? Oder ist mehr darin zu erkennen und dagegen von uns anzugehen? - Ich hielt es für verhängnisvoll, wenn bereits jetzt in Vergessenheit geriete, was uns alle vor einem Jahr geeint hat und welche Kräfte unseres Volkes maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung haben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich halte es bei dieser Gelegenheit für angebracht, Dank den Kirchen und ihren Repräsentanten auszusprechen für ihre Funktion, ihren Mut, ihre Weisheit vor der Zeit der Wende, während der Wende und im anschließenden wachsenden Demokratisierungsprozeß. Wer Gelegenheit hatte, dies aus der Nähe mitzerleben, dem war ein erneuter Schulbesuch, und zwar einer Schule für das Leben vergönnt.

Meine Damen und Herren! Der Alterspräsident hat bereits auf das breite Aufgabenfeld hingewiesen, welches auf uns wartet. Natürlich werden auch Hoffnungen geweckt, zu deren Realisierung der Weg lang und mühevoll sein wird.

Jede Politik in einer freiheitlichen Demokratie und in einem Rechtsstaat kann für die Wohlfahrt und den Wohlstand ihrer Bürger nur Rahmenbedingungen setzen. Das dies so überschaubar, nachvollziehbar und im Einzelfall, wenn nötig, auch einklagbar geschehen muß, halte ich für sehr wichtig.

Gleichzeitig ist jedoch jeder einzelne gefordert, sein Leben selbst zu gestalten, dabei Eigeninitiative, Ideenreichtum, Unternehmungsgeist, aber auch Zivilcourage und, wie ich hoffe, Optimismus einzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich erlaube mir einige Bemerkungen zur parlamentarischen Auseinandersetzung, wie ich sie mir für den Landtag Sachsen-Anhalt wünsche und vorstelle:

Die parlamentarische Auseinandersetzung kann hart in der Sache sein; sie muß mit Engagement betrieben werden, auch das Herz sollte dabei sein, und doch muß sie fair bleiben. Das Land benötigt eine starke Regierung. Die Regierung benötigt eine lebendige Opposition, welche zusätzliche und neue alternative Argumente und Entscheidungsmöglichkeiten liefert und damit die Regierung fordert. Auf diesem Wechselspiel beruht nach meinem Verständnis die Kraft der Demokratie. Lassen Sie uns deshalb im politischen Gegner nicht den Feind, sondern den notwendigen politischen Partner sehen.

Meine Damen und Herren! Dem Landtag Sachsen-Anhalt steht auch die Aufgabe bevor, den Bürgern das Bewußtsein zu vermitteln, daß ihre Heimat in das neue Staatswesen Sachsen-Anhalt eingegangen ist, geprägt durch seine vielfältigen Landschaften und durch die Vielfalt der staatlichen Wurzeln, die im alten Fürstentum Anhalt, in der Preussischen Provinz Sachsen und in den Braunschweigischen Gebieten des Harzes zu finden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird darauf ankommen, unterschiedliche staatliche und regionale Wurzeln in eine vom Landtag zu verabschiedende Verfassung einfließen zu lassen. In ihr sind die staatlichen Rechte und Pflichten ebenso wie die einer Demokratie zugewiesenen staatlichen Gewalten so zu ordnen, dass sie fuer die Buergerinnen und Buerger einsichtig, ueberschaubar, kalkulierbar und im Einzelfall handhab- und anwendbar sind, denn darin ist der Kern der Rechtsstaatlichkeit zu suchen und zu finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Vorsatz, Vertrauen zu gewinnen, gehoert, Entschlussfreudigkeit an den Tag zu legen. Entscheidungen werden letztlich nicht dadurch sachgerechter, indem man sie vertagt. Das gilt auch und insbesondere fuer die Frage der Hauptstadt im Lande Sachsen-Anhalt. Die Frage der Wahl der Hauptstadt fuer Sachsen-Anhalt ist eine sehr wichtige Frage, aber noch wichtiger ist die Akzeptanz einer einmal getroffenen Entscheidung und die gleichberechtigte Foerderung aller Regionen im Lande zum Wohle seiner Buergerinnen und Buerger durch die zukuenftige Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Sachsen-Anhalt ist eingebunden in ein groesseres Ganzes: In die Bundesrepublik Deutschland und in die Europaeische Gemeinschaft. Diese Einbindung garantiert uns die Solidaritaet der Bundeslaender und der Voelker Europas. Wir erfahren diese Solidaritaet taeglich insbesondere auch durch Unterstuetzung und Beratung beim Aufbau demokratischer Strukturen. Die Vorbereitung dieser Veranstaltung ist ein wesentlicher Beitrag dazu. Wir sind den Damen und Herren, die sich aus den Altlaendern der Bundesrepublik Deutschland dafuer zur Verfuegung gestellt haben, ausserordentlich dankbar und werden ihren Einsatz nicht vergessen.

Solidaritaet soll aber nicht nur entgegengenommen und eingefordert, sie soll auch entgegengebracht und angeboten werden.

Ich denke in dieser Stunde an die Voelker im Osten Europas, an ihre Probleme und ihre berechtigten Hoffnungen und Wuensche. Ich denke an auslaendische Mitbuergerinnen und Mitbuerger, die in der Zukunft in weit hoeherem Masse als bisher Unterstuetzung, Verstaendnis und Zuwendung benoetigen. Ich denke an sozial Schwache, Arbeitssuchende, Behinderte und anderweitig Benachteiligte, deren Anwalt in Zukunft Landesregierung, Landesparlament und Behoerden sein sollten. Nur wer letztlich bereit und in der Lage ist, Solidaritaet zu ueben, kann fuer sich in Anspruch nehmen, Solidaritaet verdienstermassen empfangen zu haben. Sehen wir darin eine Verpflichtung, auch hier im Landtag bei aller Notwendigkeit der politischen Auseinandersetzung in Solidaritaet der Demokraten zusammenzustehen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir fahren nun mit den parlamentarischen Regularien fort, und wir kommen zur Wahl der Stellvertreter des Praesidenten, also der Vizepraesidenten, gemaess Tagesordnungspunkt 11.

Mir liegt dazu ein Antrag der CDU-Fraktion vor. Er lautet: "Sehr geehrter Herr Praesident, wir beantragen, heute zu beschliessen: Es werden zwei Stellvertreter des Praesidenten gewaehlt."

Zu diesem Antrag liegen mir zwei Gegenantraege vor, und zwar ein Antrag der Fraktion Buendnis 90/Gruene. Er lautet: "Der Landtag soll beschliessen, jede im Landtag vertretene Fraktion stellt einen Vizepraesidenten des Landtages."

Als Aenderungsantrag bzw. Ergaenzungsantrag liegt ein Antrag der Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus vor: "Der Landtag soll beschliessen, das Praesidium des Landtages wird gebildet durch den Praesidenten und vier Vizepraesidenten."

Ich stelle zuerst die beiden Antraege zur Abstimmung, die eine Aenderung gegenueber dem Antrag der CDU darstellen.

Antrag der Fraktion Buendnis 90/Gruene: Jede im Landtag vertretene Fraktion stellt einen ehrenamtlichen Vizepraesidenten. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Handzeichen! - Wer lehnt diesen Antrag ab? - Stimmenthaltungen bitte! - Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Zum Antrag der PDS: Das Praesidium des Landtages soll gebildet werden durch den Praesidenten und vier Vizepraesidenten. Ich stelle diesen Antrag ebenfalls zur Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen moechte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer diesen Antrag nicht unterstuetzt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt.

Ich komme nunmehr zu dem Antrag der CDU Fraktion.

Der lautet: Der Landtag soll beschliessen, es werden zwei stellvertretende Praesidenten gewaehlt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen moechte, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wieder die Gegenprobe: Wer lehnt diesen Antrag ab? - Danke. Stimmenthaltungen bitte - Vielen Dank. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, auch hier gibt es, wie bei der Wahl des Praesidenten des Landtages, die Moeglichkeit der offenen Akklamation bzw. der geheimen Abstimmung. Ich frage Sie: Wird gegen eine offene Akklamation Widerspruch eingelegt? Ich sehe keinen Widerspruch. Dann darf ich mitteilen, dass als Vizepraesident - es wird mir eben ein dritter Antrag von der Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus eingereicht, der da lautet: "Der Abgeordnete Gerd Schuster wird zum Vizepraesidenten des Landtages gewaehlt". Da zuvor mit Mehrheit entschieden wurde, zwei Vizepraesidenten zu waehlen, ist wohl dieser Antrag gegenstandslos.

(Widerspruch im Saal)

Abg.Dr. Petra S i t t e (PDS):
Wir ziehen den Antrag zurueck.

Praesident Dr. K e i t e l :

Der Antrag ist zurueckgezogen.

Wuenschen Sie, Herr Auer, das Wort zum Vorschlag der CDU-Fraktion, zwei Stellvertreter zu benennen?

(Abg. Auer, CDU: Nein.)

Gut. Dann darf ich bekanntgeben, dasz als Vizepraesidenten vorgeschlagen worden sind: von der Fraktion der SPD Herr Dr. Ruediger Fikentscher und durch entsprechende Zuweisung seitens der CDU an die FDP die Frau Abg. Cornelia Pieper.

Ich nehme an, dass Uebereinstimmung besteht, dass wir ueber diese beiden Vorschlaege gemeinsam abstimmen koennen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe: Einzel abstimmen! - Abg. Dr. Hoepfner, SPD: Zu spaet!)

Ich hatte bereits das Abstimmungsverfahren eroeffnet. Ich bitte um Verstaendnis. Die Gegenprobe: - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Wahl dieser beiden Vizepraesidenten erfolgt.
(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren!

Auch fuer die Vizepraesidenten schreibt Paragraph 3 unserer Geschaeftsordnung ein Geloebnis vor. Ich bitte die beiden Gewaehlten, vorzutreten, und die Anwesenden, sich von den Plaetzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plaetzen.)

Herr Vizepraesident Dr. Fikentscher und Frau Vizepraesidentin Pieper, Sie geloben, dass Sie die Gesetze beachten und Ihr Amt nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch ausueben werden.

(Frau Vizepraesidentin Pieper: Ich gelobe es. So wahr mir Gott helfe.)

(Vizepraesident Dr. Fikentscher: Ich gelobe es. So wahr mir Gotte helfe.)

(Lebhafter Beifall)

Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren!

Nach Paragraph 2 Abs. 1 Satz 2 sind zur Unterstuetzung des Praesidiums Schriftfuehrer zu waehlen. Es liegt ein interfraktioneller Vorschlag in Drucksache 1/4 vor. Danach sind sie uebereingekommen, folgende Abgeordnete als Schriftfuehrer zu benennen:

- fuer die CDU die Abg. Margit Weimeister und den Abg. Uwe Schulze,
- fuer die PDS Herrn Dr. Gerd Schuster,
- fuer die SPD Frau Katrin Budde,
- fuer die FDP Herrn Dr. Konrad Breitenborn,
- fuer die Fraktion Buendnis 90/Gruene Frau Karla Schulze.

Ich glaube, hier koennen wir in offener Wahl durch Zuruf beschliessen. - Da ich keinen Widerspruch hoere, ist das so beschlossen. Wer diese sechs Abgeordneten zu Schriftfuhrern waehlen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die genannten Damen und Herren gewaehlt,

(Beifall)

die ich jetzt fragen moechte, ob sie die Wahl zu Schriftfuhrern annehmen.

(Frau Weimeister, Herr Schulze, Frau Budde, Herr Dr. Breitenborn, Herr Dr. Schuster und Frau Schulze erklaren nacheinander, dass sie die Wahl annehmen.)

Ich beglueckwuensche auch Sie zu Ihrer Wahl und hoffe auch namens der Vizepraesidenten auf eine gute Zusammenarbeit.

Ich stelle fest, dass damit das Landtagspraesidium vollstaendig gewaehlt ist. Ich danke den Schriftfuhrern des vorlaeufigen Sitzungsvorstandes fuer ihre Amtsfuehrung, das Haus hat es ihnen in einzelnen Passagen der bisherigen Sitzung nicht leicht gemacht.

Ich bitte dann die gewaehlten Schriftfuhrer Frau Budde und Herrn Uwe Schulze jetzt mit mir den Sitzungsvorstand zu bilden.

Mit einem Blick auf die Uhr darf ich feststellen, dass wir trotz alledem recht gut im Zeitplan liegen. Fuer 13.00 Uhr ist die Mittagspause vorgesehen. Ich unterbreche die Sitzung fuer 1 Stunde, wuensche Ihnen einen guten Appetit, und wir setzen 14.00 Uhr fort.

Praesident Dr. K e i t e l :

Meine Damen und Herren!

Bevor wir in der Tagesordnung mit dem Punkt 13 fortfahren, gestatten Sie mir zwei organisatorische Hinweise.

Ich denke, die Geschaeftsordnungsdebatte, wie sie zumindest in Ansetzen heute vormittag gefuehrt worden ist, gibt Anlass, auf die Dringlichkeit insbesondere der Arbeit dieses Ausschusses hinzuweisen. Insofern folgen wir Festlegungen zum Geschaeftsordnungsausschuss des Landtages Sachsen-Anhalt, der zur Erarbeitung einer Geschaeftsordnung erstmals am Dienstag, dem 30. 10., 9.00 Uhr im Rathaus in Aschersleben zusammentreten wird. Das ist mir seitens der Mehrzahl der Mitglieder dieses Ausschusses mitgeteilt worden. Ich bitte das dann auch so durchzufuehren.

Zweite Bemerkung: Zur Vorbereitung der naechsten Plenarsitzung bitte ich den Aeltestenrat, am kommenden Dienstag, 13.00 Uhr, in der Bezirksverwaltungsbehoerde Halle, Sitzungssaal, 1. Etage, zusammenzutreten.

Meine Damen und Herren!

Wir fahren fort in der Tagesordnung und kommen nunmehr zum Punkt 13, dem Entwurf eines Gesetzes ueber die vorlaeufige Ordnung der Regierungsgewalt im Land Sachsen-Anhalt - Antrag der CDU-Fraktion, der Ihnen in der Drucksache 1/3 vorliegt. Ich darf hierzu folgendes ausfuehren.

Am 25. Oktober 1990 ist interfraktionell vereinbart worden, zu dem Entwurf eine kurze Debatte zu fuehren, und zwar haben sich die Fraktionsvorsitzenden auf eine auf 5 Minuten beschraenkte Redezeit verstaendigt. Gleichzeitig wurde interfraktionell vereinbart, dass wegen der besonderen Dringlichkeit des Gesetzes ausnahmsweise eine Verlesung stattfinden soll gemaess Paragraph 18 Absatz 1.2 der Geschaeftsordnung.

Bevor wir die Debatte eroeffnen, weise ich auf folgendes hin. Mir liegt mit Drucksache 1/5 ein umfangreicher Aenderungsvorschlag der Fraktion der PDS vor und mit Drucksache 1/6 ein Aenderungsantrag der SPD. Diese werden im Anschluss behandelt. Ich erwaehne das jetzt nur, weil moeglicherweise dann die Redebeitraege dieser Fraktionen entfallen - nur als Moeglichkeit. Die Debatte ist damit eroeffnet. Die Drucksache 1/3 - Entwurf eines Gesetzes ueber die vorlaeufige Ordnung im Land Sachsen-Anhalt.

Abg. Prof. Dr. Brunner (F.D.P.):

Herr Praesident!

Meine Damen und Herren!

Ich brauche keine 5 Minuten. Ich bringe fuer die Fraktion der CDU und der F.D.P. diesen Antrag ein, naemlich das Gesetz ueber die vorlaeufige Ordnung der Regierungsgewalt in Sachsen-Anhalt in der Ihnen vorliegenden Form zu bestaetigen und zu beschliessen. Ich begruende das wie folgt:

Unser Land braucht eine handlungsfaeheige Regierung. Unser Land braucht diese Regierung so bald als moeglich. Wir koennen damit nicht warten, bis der Landtag als verfassungsgebende Versammlung darueber bestimmt.

Das Procedure der Erarbeitung und parlamentarischen Behandlung unserer zukuenftigen Verfassung muss ganz umfassend sein. Es muss auch ganz sorgfaeltig erfolgen. Darueber sind wir uns sicherlich einig. Das wollen wir alle vordringlich in Angriff nehmen, aber eine handlungsfaeheige Regierung brauchen wir eben sofort.

Deshalb ist dieser vorliegende Entwurf, der Ihnen zur Beschlussfassung nun vorgelegt wird, ein sogenanntes Vorlaufgesetz, das sich ganz bewusst auf die rechtlich unbedingt erforderlichen Regelungen beschraenkt. Es kommt uns allen vor allem auf die Ordnung des Verhaeltnisses zwischen Landtag und Landesregierung fuer die Zeit bis zum Abschluss des Prozesses einer Verfassungsgebung, die Hand und Fuss hat, an. Dieser aber ist durch diesen vorliegenden Entwurf gewaehrleistet, insbesondere auch deshalb, weil der Landtag sich vorlaeufig die Geschaeftsordnung des alten Landtages von 1946 zu eigen gemacht hat.

Zu den beiden vorliegenden Aenderungsantraegen moechte ich folgendes sagen, zunaechst einmal zu dem PDS-Aenderungsantrag. Das muss meiner Meinung nach ein Inhalt der Beratung ueber die endgueltige Verfassung sein, und deswegen empfehle ich Ihnen, diesem ins Einzelne gehenden und bei weitem nicht alle Notwendigkeiten umfassenden Vorschlag jetzt kein Gehoer zu schenken.

Es liegt ein zweiter Abänderungsantrag von der SPD-Fraktion vor, spaetestens bis zum 30. 06. die Beratungen abzuschliessen und die endgueltige Verfassung zur Beschlussfassung vorzulegen. Es faellt mir sehr schwer, diesem Entwurf zuzustimmen, weil ich nicht einschaeetzen kann, wie umfangreich die Beratungen darueber werden muessen.

Herr Dr. Hoepfner, Sie haben den Entwurf eingebracht. Normalerweise wuerde ich denken, dass es in einem guten halben Jahr zu schaffen ist. Mir fehlen die Erfahrungen dazu. Das ist so eine Sache, solch eine exakte Terminstellung festzulegen, und ich empfehle Ihnen auch, das offenzulassen. Wir alle muessen daran interessiert sein, die Verfassung so schnell, aber auch so ordentlich und sorgfaeltig wie moeglich zu beschliessen. Deswegen bitte ich Sie, dem vorliegenden Entwurf unveraendert zuzustimmen.

Abgeordnete Dr. Petra S i t t e (PDS) :

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete!

Der vorliegende Entwurf zum Gesetz über die vorläufige Ordnung der Regierungsgewalt im Land Sachsen-Anhalt ist von uns quasi als vorkonzeptionelles Recht anzusehen, soll es doch vor Inkrafttreten unserer Landesverfassung Rechtsgrundlage für die Landesregierung werden. Zum einen sind in ihm Bundes- und Länderrecht zu berücksichtigen, zum anderen gibt es bereits in konzentrierter Form Auskünfte über die Beziehungen zwischen Parlament und Regierung, wobei es vor allem auf die Art und Weise ankommt, in der das Parlament die Regierung zu beraten und zu kontrollieren vermag.

Aus bundesdeutscher parlamentarischer Erfahrung ist bekannt, daß parteipolitische Koordinierung von Regierung und Parlamentsmehrheit Kontrolle und Beratung in einer Weise schwächt, von der die Verfassung eigentlich nichts weiß. Dem könnte bereits durch Regelungen abgeholfen werden, wenn die künftige Regierung das notwendige Vertrauen des Parlaments nicht aus Gründen der Parteiraison automatisch auf ihrer Seite hat, sondern sich im Normalfall der Sachargumente ständig erwehren muß.

Wir sehen aber noch einen dritten zu berücksichtigenden Aspekt dieses Gesetzentwurfes, nämlich angesichts der schwierigen Situation, in der sich die neuen Bundesländer gegenwärtig befinden, schnell zur Herausbildung und Stabilisierung ihrer eigenen Ordnung kommen zu müssen. Dabei greift das Gesetz auf rechtliche Regelungen verschiedener alter Bundesländer zurück, die sich über Jahrzehnte bewährt haben und keinen wesentlichen Mißständen - wohlgemerkt, aus der Sicht bundesdeutscher Verwaltungsrechtler - geführt haben.

Auf der Basis dieses Gesetzes sammeln wir nunmehr erste Erfahrungen zum Grundsatz der Gewaltentrennung auf Landesebene, insbesondere hinsichtlich von zwei Staatsfunktionen, Gesetzgebung und Verwaltung, werden praktisch organisatorische Konsequenzen ebenso wie konzeptionelle verfassungsrechtliche Schlußfolgerungen zu ziehen sein.

In dem wir den Organen der Landesregierung bestimmte
und Kompetenzen anvertrauen, müssen wir zugleich da-
tragen, daß jedes Regierungsorgan von anderen relativ
wirkt. Immerhin liegt die vollziehende Gewalt ja in
Regierung und Verwaltung.
Die Regierung steht an der Spitze der Verwaltung
und hat, anders als der Rest der Verwaltung
politische Führungsaufgaben. Zudem hält sich in
Verwaltung die Volkskompetenz in bescheidenen Grenzen.

Unsere den Abgeordneten vorliegenden Änderungsvors
Gesetzentwurf tragen daher trotz der üblichen partei-
Gleichschaltung der Regierungs- und Parlamentsmehr
Hauptfunktionen von Parlament, Gesetzgebung
Regierungskontrolle, Rechnung. Beispielsweise habe
dabei bemüht, die Befugnisse des künftigen Minister
präzise auszugestalten. Dabei hätte das Wahlmanagem
vielleicht neben der für sie negativen für uns
positive Folge haben können. Wir hätten die Chance g
der Wahl zum Ministerpräsidenten eine personelle En
von Regierung und Parlament in praxi zu vo zi
eigentlich untergräbt der Fakt, daß Mitglieder der
zugleich Mitglieder des Parlaments sind,
Kontrollfunktion.

Beispielsweise legt der Artikel 52 (1) der
Nordrhein-Westfalens folgendes fest: der Landtag
seiner Mitte in geheimer Wahl ohne Ausspr
Ministerpräsidenten mit mehr als der Hälfte der ge
Zahl seiner Mitglieder. Gewisse Vorzüge der Kompatibi
Immunität und Diätenerteilung, sind zwar praktisch, w
die moralisch rechtlichen Bedenken nicht auf.

Eine letzte Bemerkung gilt § 7, der s
haushaltsrechtlichen Fragen beschäftigt. Wir plädiere
unserem Vorschlag ebenfalls für eine umfassende Verla
Entscheidungsbefugnisse auf die parlamentarische E
sehen diesen Bereich als einen der sensibelsten an
sich doch gerade an diesem Punkt konzeptionelle Vor
über Entwicklungswege und die Zukunft des Lar es
Anhalt. Greifen wir der Bestimmung dieses Paragraphen
Finanzgesetzgebung unseres Landes vor. In der Zw
jedoch müssen Handlungsspielraum, aber auch Grenzen
werden.

Wir bitten Sie daher, unsere Änderungsvorschläge
Sinne zu bewerten und anzunehmen. Sollten Sie uns jed
folgen können, betrachten Sie unsere Vorsch
Überlegungen zur künftigen Verfassung des Landes
Anhalt.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. K e i t e l :

Dankeschön. Es spricht jetzt der Abg. Tschiche.

Abg. T s c h i c h e (Bündnis 90/Grüne):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich denke wir sollten augenblicklich politisch nachdenken. Wir müssen ganz schnell dafür Sorge tragen, daß in diesem Land eine handlungsfähige Regierung entsteht, denn die Aufgaben, die vor uns stehen, sind so immens, daß man manchmal direkt Angst davor bekommen könnte. Solch eine handlungsfähige Regierung müßte aber so gestaltet werden, daß sicher ist, daß die demokratischen Spielregeln eingehalten werden. Was am heutigen Vormittag passiert ist, macht einen allerdings bedenklich, und zwar insofern, als hier die Erfahrung gemacht wird, daß nach dem alten DDR-Strickmuster gehandelt wird: Wer die Macht hat, hat auch das Sagen, und hier ist anstelle der Macht die Mehrheit getreten. Dies wird in Zukunft eine differenzierte gemeinschaftliche Arbeit außerordentlich erschweren. Denn was notwendig ist, ist, daß wir in den Regionen zusammenstehen und miteinander versuchen, die Geschichte dieses Landes so zu gestalten, daß die Bürgerinnen und Bürger wirklich eine Zukunft vor sich haben. Wir sollten überlegen, ob wir uns Machtgerangel leisten können, ob wir uns Parteienhickhack leisten können, ob es nicht wichtiger ist, daß wir gegenüber denen, die das Kapital ins Land bringen, die Wirtschaftseinheit herstellen werden, eine starke Einheit der Bevölkerung hier in diesem Lande bilden, damit wirklich die Bevölkerung in diesem Land zu ihren Rechten kommt. Von daher denken wir, daß möglichst schnell - deswegen würden wir den Antrag der SPD unterstützen - eine Verfassung her muß, eine Verfassung, die auch den Einstieg der Bevölkerung ermöglicht, den Einstieg, der durch Volksbegehren, Volksbefragung erfolgt. Wir halten das für ein außerordentlich wichtiges Element der demokratischen Arbeit, denn die parlamentarische Demokratie kann sehr schnell zu einem Machtkartell verkommen, wo eigentlich von vornherein feststeht, wie die Dinge liegen, und wenn eine veränderte Situation im Lande entsteht, ist die Möglichkeit, daß die Bevölkerung sich zu Wort melden kann außerordentlich gering und sie kann dann kaum politischen Einfluß haben.

Mir ist klar: Das, was wir erreicht haben, ist etwas Außerordentliches, nämlich die demokratische Verwandlung dieser Region. Aber die parlamentarische Demokratie ist nicht die Sicherheit dafür, daß die Bürgerinnen und Bürger sich wirklich einmischen können, daß der Wille der Bürgerinnen und Bürger wirklich deutlich wird. Wenn also 8 Überhangmandate da sind und die anderen Parteien nicht entsprechend beteiligt werden, ist klar, daß, wenn man nach den Prozentsätzen rechnet, der Wille des Volkes in diesem Parlament sich nicht so widerspiegelt - wie das hier erfolgt ist.

Und wenn wir dann beobachten, in welcher Art und Weise versucht wird, einen Parlamentssitz zu erobern, so ist das nach meinem Eindruck politisch doch nicht außerordentlich klug gewesen. Mein Eindruck ist, daß im Grunde der künftige Ministerpräsident durch solche Manipulationen eher geschwächt als gestärkt wird, (Beifall beim Bündnis 90/Grüne, bei der SPD und bei der PDS) obwohl ich eigentlich gehofft habe, daß wir einen Ministerpräsidenten in diesem Lande haben, wo auch nicht eine Frage angewendet werden kann.

Im Übrigen ist das Leben natürlich so, meine Damen und Herren, daß dieses neue Parlament den Wandlungsprozeß in dieser Gesellschaft widerspiegelt, und wir sind eine Gesellschaft mit Altlasten.

Manchmal hätte ich mir gewünscht, daß in den Führungsetagen unserer künftigen Regierung möglichst wenige sind, die in irgend einer Weise eine Altlast mit sich tragen, das heißt also, die eine politische Vergangenheit haben, wo man nachfragen muß; denn die politische Verantwortung in diesem Land hat vorher nicht nur die SED allein getragen, sondern die mit ihr verbündeten Blockparteien haben ja in gleicher Weise das politische Leben mitgestaltet. Ihr Glück ist im Grunde, daß die West-CDU das vergessen macht, während die PDS so einen Partner nicht hat, der vergessen machen könnte, was ihre Geschichte gewesen ist. Das ist eines der Hauptprobleme, daß man sagt, hier sind die weißgewaschenen Schafe, und da sind Schafe, da ist nur die Wolle gefragt, sondern wir tragen alle, auch wir selber, die politische Verantwortung für das, was vorher gewesen ist mit.

Und weil wir diese politische Verantwortung für das, was vorher war, mittragen, müßten wir jetzt auch dafür sorgen, daß dieses Land so demokratisch wie möglich verwaltet wird und solche Dinge wie heute morgen nicht wieder vorkommen.

Wir werden diesem Gesetz wahrscheinlich doch zustimmen oder uns der Stimme enthalten wegen der Vorkommnisse von heute morgen, weil wir der Meinung sind, daß möglichst schnell eine Regierung her muß; aber wir werden nur zustimmen können, wenn die Terminierung, die von der SPD hier vorgetragen wird, auch wirklich vorgenommen wird, damit wir möglichst bald eine Verfassung haben und wir nicht weiter in einer Zeit leben - wie wir das in der Volkskammer erlebt haben - ohne eigene Verfassung. Ein halbes Jahr ohne Verfassung reicht mir.

Wir brauchen dringend die Grundsicherung der demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. - Ich danke.
(Beifall beim Bündnis 90/Grüne, vereinzelt bei der PDS und der SPD)

Präsident Dr. K e i t e l :

Gestatten Sie mir, daß ich zu diesem Diskussionsbeitrag folgende Bemerkung mache.

Wenn ich mich dazu nicht geäußert und nicht eingegriffen habe, so betrachten sie das bitte als eine Art Vorschuß an Höflichkeit, denn es wurde über weite Strecken des Beitrages nicht zum Thema gesprochen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben heute und hier über den Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Ordnung der Regierungsgewalt zu befinden. Insofern ging es passagenweise am Thema vorbei. Diese Bemerkung sei mir gestattet. In Zukunft erlaube ich mir einzugreifen, wenn es die Beiträge erforderlich machen.

Als weiterer Diskussionsredner hatte sich von der Fraktion der SPD Herr Dr. Höppner gemeldet.

Abg. Dr. H ö p p n e r (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Die Bundesrepublik Deutschland, zu der wir seit dem 3. Oktober gehören, lebt von einer lebendigen Demokratie, und zu dieser lebendigen Demokratie wollen wir Sozialdemokraten unseren Beitrag leisten.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser lebendigen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist ihre föderative Struktur, sind starke Länder.

Und darum - ich darf das auf dieser konstituierenden Sitzung sagen - ist dieser Tag heute, an dem sich der Landtag von Sachsen-Anhalt konstituiert, nicht nur ein wichtiger Tag für unser Land, sondern ein wichtiger Tag für die ganze neue Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der PDS)

Nun kommt es darauf an, daß wir schnell auf die Beine kommen und laufen lernen. Dazu soll das vorliegende Gesetz dienen.

Ich begrüße es, daß dieses Gesetz auch ausführlich zwischen den Fraktionen - ich muß sogar sagen, zwischen den entstehenden Fraktionen - vorberaten worden ist. Uns ist deutlich, daß dieses Gesetz wirklich nur das Allernotwendigste regelt. Und selbst da ist die Frage, ob das eine oder andere, was notwendig wäre zu regeln, ausreichend beschrieben ist.

Ich nenne dazu nur einen Punkt: das Thema Gewaltenteilung. Das Thema Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive ist hier, wenn überhaupt, nur in Andeutungen bestimmt, indem die Legislative indirekt beim Landtag festgelegt ist. Das wird eigentlich nur dann erreicht, wenn wir uns zusätzlich verpflichten, uns sozusagen an die üblichen demokratischen Spielregeln zu halten, die allen Länderverfassungen auch sonst gemein sind.

Das wir die Spezialitäten noch regeln müssen, darüber besteht kein Zweifel. Insofern ist das Wort "vorläufig" in der Überschrift der Ordnung das zentrale Wort, unter dem wir überhaupt nur in der Lage sind zuzustimmen.

Nun hat dieses Gesetz ja an ein paar Stellen einen verfassungsrechtlichen Rang, und es ist damit die Frage zu stellen, ob es überhaupt möglich und sinnvoll ist, dieses Gesetz mit einfacher Mehrheit anzunehmen, ob es nicht einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedarf. Es ist auch die Frage zu stellen, ob Änderungen an diesem Gesetz mit einfacher Mehrheit vorgenommen werden können, oder ob sie nicht mit Zwei-Drittel-Mehrheit vorgenommen werden müßten.

Wir haben unter dem Aspekt, das dieses Gesetz wirklich ein vorläufiges ist und auch erst dann in die Nähe einer richtigen Verfassung gerückt werden soll, davon abgesehen, hier Forderungen aufzustellen, sind aber genötigt, das ausdrücklich zu sagen und zu begründen, damit klar ist, daß wir diesem Gesetz durchaus einen sehr hohen Stellenwert einräumen und übrigens auch begrüßen würden, wenn sich hier eine Zwei-Drittel-Mehrheit finden würde, das aber im Text nicht festhalten wollen, um die Vorläufigkeit dieses Gesetzes zu betonen.

Es ist in diesem Zusammenhang auch über die Frage diskutiert worden, ob nicht der Ministerpräsident aus der Mitte des Landtages gewählt werden soll. Das hat sehr viele Vorteile. Es ist aber in den meisten Verfassungen der anderen Bundesländer gesetzlich nicht so geregelt, und ich denke, im ganzen gesehen ist das auch gut so. Man muß auch die Chance haben, einen Ministerpräsidenten von ganz wo anders zu holen, wenn man keinen eigenen in diesem Parlament findet. Und diese Chance wollen wir nicht verbauen.

Darum wollen wir, daß der Text so bleibt wie er da steht. Ein letzter Punkt zu unserem Abänderungsantrag. - Ich glaube, meine fünf Minuten sind um, und ich bitte um Entschuldigung. Im Blick auf die Vorläufigkeit ist unser Wunsch nach Begrenzung bis zum 30. 6. Ich glaube, durch diesen Zusammenhang ist klar, wie dringlich wir eine Verfassung brauchen.

Wir sind übrigens auch der Überzeugung, daß es möglich ist, nachdem es gute Vorarbeiten dazu gibt, daß nach dem 30.6. eine abschließende Verfassung vorhanden ist. Wir haben uns gefragt, ob es nicht noch früher geht. Wir sind dann beim 30.6. geblieben, und ich darf denjenigen, die Bedenken haben, was wir machen, wenn wir es nicht schaffen, sagen, dann muß das Parlament einen Gesetzentwurf einbringen, der dieses Datum ändert. Das ist eine unangenehme Geschichte. Aber wir haben die Debatte hier auf dem Tisch, aber ich denke, eine Terminsetzung ist demzufolge unersetzlich.

Ich bitte Sie daher unseren Abänderungsantrag zuzustimmen. Ich danke sehr.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der PDS)

Abg. A u e r (CDU):

Meine Damen und Herren!

Ich moechte an diesem feierlichen Tag, den wir alle zum ersten Mal hier begehen, auch meine 5 Minuten nicht ueber Gebuehr ausnutzen. Herr Tschiche zu Ihnen moechte ich aber doch im Namen der CDU-Fraktion sagen, wir sind alle am 14. Oktober in einer geheimen freien Wahl gewaehlt worden, und jeder Abgeordnete bewusst diese Verantwortung auf sich genommen hat. Das ist mein Demokratieverstaendnis. Wenn dabei klare Mehrheiten herauskommen, dann sollten auch Sie das akzeptieren.

(Beifall vor allem von CDU)

Meine Damen und Herren, die F.D.P.- und CDU-Fraktionen erbitten Ihre Zustimmung zu diesem vorlaeufigen Gesetz. Wir erkennen die Maengel an, die es auch gibt, aber die Bevoelkerung draussen erwartet von uns schnellstmoeglich Regierungsarbeit, und wir koennen jetzt nicht lange Debatten darueber fuehren. Deswegen bitte ich Sie alle um klares Votum fuer dieses Gesetz und bedanke mich hiermit.

(Beifall vor allem von CDU)

Tagungsleiter Dr. K e i t e l :

Meine Damen und Herren, damit haben alle Fraktionen die vereinbarte Redezeit ausgeschoepft.

Abg. Prof. Dr. H a a s e (F.D.P.):
Herr Praesident!

Meine Damen und Herren!

Ich habe das Gesetz eingebracht. Ich habe die Beitraege gehoert. Erlauben Sie mir, daß ich noch Bemerkungen dazu mache. Ich moechte das nicht wiederholen, was Sie gesagt haben. Ich fand es auch nicht gut, daß der Beitrag von der Fraktion Buendnis 90/Gruene gesprochen wurde, die gar nicht hier hergehoeren. Ich moechte eines sagen, Herr Tschiche was Sie unterstellt ist doch, dass durch diese Mehrheit auch gleichzeitiger Missbrauch stattfinden koennte, und das finde ich auch nicht gut. Ich moechte zu dem Beitrag von Ihnen, Frau K... sagen, dass ich mich eigentlich etwas verwundert ausgerechnet von Ihnen ueber die Kontrollen und tiefschuerfenden Bemerkungen gemacht wurden.

(Beifall von der CDU)

Aber, ich fand es sehr gut, dass Sie zum Schluss einen Vorschlag gemacht haben, den wir uns auch zu eigen machen koennen, dass naemlich die Vorschlaege, die Sie hier gemacht haben, eine gute Grundlage sein koennen fuer die Ueberarbeitung dieser vorlaeufigen Gesetzgebung und einer wirklichen Verfassung. Und das wuerde ich durchaus unterstuetzen.

Und Herrn Hoepfner moechte ich den Kompromissvorschlag empfehlen. Es kam Ihnen offensichtlich darauf an, dass die Sache nicht die lange Bank geschoben wird, und dass zuegig daran gearbeitet wird und spaetestens am 30. 6. darueber nochmals berichtet wird und wir den Stand der Dinge erfahren - nach Moeglichkeit wenn dies fertig ist. Und ansonsten wir eine klare Linie erhalten, warum nicht. Vielleicht kann man das auch noch weiter ausarbeiten, kann sich verpflichten, vor der Sommerpause zu einer Stellungnahme zu kommen, um auch den Gang der Dinge nicht in keiner Weise in Verzug geraten zu lassen.

(Beifall CDU)

Tagungsleiter Dr. K e i t e l :

Ich schlaege vor, jetzt wie folgt zu verfahren: Die Paragraphen sind zur Abstimmung zu stellen, und zwar es es recht uebersehe, liegen mit Ausnahme des Paragraphen 1 Aenderungsvorschlaege zu allen Paragraphen vor. Ich moechte deswegen den Entwurf der Drucksache 1/3 und die Alternative dazu und lasse abstimmen. Paragraph 1, Drucksache 1/3 lautet: "Der Ministerpraesident wird vom Landtag durch eine Mehrheit seiner Mitglieder gewaehlt. Der Landtag kann dem Ministerpraesidenten das Vertrauen entziehen, indem er durch eine Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger waehlt. Ist es es notwendig, jeweils ueber diese Formulierungen in der Drucksache 1/3 einen Aenderungsvorschlag gegenueberzustellen. Der Aenderungsvorschlag, Drucksache 1/5, eingebracht von der PDS, lautet: "Es moege ein Absatz 3 hinzugefuegt werden, dass die Regierung nicht innerhalb von 3 Monaten nach dem Zusammenschluss des neu gewaehlten Landtages die Festlegung des Amtes des Ministerpraesidenten bestaetigen muss, so ist der Landtag aufzuloesen. Ich stelle als ersten Aenderungsantrag fuer Paragraph 1 zur Abstimmung. W"

Aenderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Damit ist dieser Aenderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Meine gute Absicht wurde eben dahingehend relativiert, dass gesagt wurde, uns liegen alle Drucksachen vor, ich lese sie nicht noch einmal vor.

Ich stelle demzufolge den Aenderungsantrag der PDS zu Paragraph 2 zur Abstimmung. Wer diesem Aenderungsantrag seine Zustimmung erteilen moechte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen. - Danke. Dieser Aenderungsvorschlag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Ich stelle weiterhin den Aenderungsantrag zu Paragraph 4 zur Abstimmung. Wer diesem Aenderungsantrag seine Zustimmung geben moechte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer lehnt diesen Aenderungsvorschlag ab? - Stimmenthaltungen? - Damit ist ebenfalls dieser Aenderungsvorschlag abgelehnt. Gleiches Verfahren fuer den Aenderungsvorschlag zum Paragraphen 5. Wer diesem Aenderungsvorschlag seine Zustimmung geben moechte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen, wer lehnt ihn ab? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt. Aenderungsvorschlag zum Paragraphen 7: Wer ihm seine Zustimmung erteilen moechte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenprobe. Wer lehnt ab? - Danke. Stimmenthaltungen? - Meine Feststellung: Dieser Aenderungsvorschlag zu Paragraph 7 ist ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt.

Ich stelle nunmehr den Aenderungsantrag der SPD zum Paragraphen 9 zur Abstimmung, der den Zusatz enthalten soll: "spaaetestens am 30. 6. 1991" - zur Begrueudung ist ja einiges gesagt worden, es ist einiges ausgefuehrt worden, die Problematik ist also bekannt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen moechte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe, wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? Bitte auszaehlen.

Ich bitte erneut um das Handzeichen, wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will. - Ich bitte diejenigen um das Handzeichen, die diesen Antrag ablehnen. - Ich bitte um die Stimmenthaltungen. -

Meine Damen und Herren!

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Mit Ja haben 42 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 56 Abgeordnete, Stimmenthaltungen 4, damit insgesamt 102 Stimmen. 4 Abgeordnete sind offensichtlich nicht anwesend gewesen. Da das Abstimmungsergebnis unabhaengig davon eindeutig ist, waere dieser Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren!

Wir kommen damit zur Abstimmung ueber das Gesetz ueber die vorlaeufige Ordnung der Regierungsgewalt im Land Sachsen-Anhalt insgesamt. Ich frage Sie nunmehr: Wer diesem Gesetz seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Nein-Stimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist mit deutlicher Mehrheit dieses Gesetz angenommen.

Meine Damen und Herren!

Nachdem wir nunmehr die Rechtsgrundlage fuer die Arbeit der Landesregierung geschaffen haben, kommen wir zur Wahl des Ministerpraesidenten gemaez Tagesordnungspunkt 14.

Ich bitte um Entschuldigung. Noch einmal zurueck zum Tagesordnungspunkt 13: Wir haben in Paragraph 8 Abs. 1 des Gesetzes eine besondere Verkuendungsform fuer dieses Gesetz beschlossen. Wir kommen nunmehr zur Verlesung seines Textes in oeffentlicher Landtagssitzung. Dies soll durch einen Schriftfuehrer geschehen. Ich bitte Herrn Schulze, dies zu tun.

Abg. S c h u l z e :

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

(Abg. Schulze verliest den Wortlaut des Gesetzes ueber die vorlaeufige Ordnung der Regierungsgewalt im Land Sachsen-Anhalt.)

Praesident Dr. K e i t e l :

Damit ist dieses Gesetz gemaez Paragraph 9 in Kraft gesetzt.

Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie bitte meinen Vorlauf. Wir kommen zu Punkt 14. Nachdem wir nun die Rechtsgrundlagen fuer die Arbeit der Landesregierung geschaffen haben, kommen wir zur Wahl des Ministerpraesidenten gemaez Tagesordnungspunkt 14.

In den meisten Landesverfassungen und im Grundgesetz ist vorgesehen, dass der Regierungschef vom Parlament ohne Aussprache in geheimer Wahl gewaehlt wird. Ich haette dem Hause vorgeschlagen, auch so zu verfahren, wenn mir nicht bereits die erste Wortmeldung hier vorgelegen haette; Sie liegt mir vor von Frau Heidecke in Form eines Antrages.

Es liegen zwei Vorschlaege vor, Drucksache 1/7 - Vorschlag der CDU-Fraktion und F.D.P.-Fraktion: Wahl des Ministerpraesidenten.

"Der Landtag wolle beschliessen, Herrn Dr. Gies zum Ministerpraesidenten des Landes Sachsen-Anhalt zu waehlen."

Mit liegt als zweiter Vorschlag seitens der Fraktion Buendnis 90/Gruene vor, dass die Fraktion Buendnis 90/Gruene den Abgeordneten Tschiche zur Wahl als Ministerpraesident vorschlaegt.

Abg. Heidrun H e i d e c k e (Buendnis 90/Gruene):

Verehrter Herr Praesident!

Sehr vereehrte Abgeordnete!

Unser Land Sachsen-Anhalt steht vor einem politischen und wirtschaftlichen Neuanfang. Dieser Neuanfang benoetigt das Vertrauen der Bevoelkerung in die politisch Verantwortlichen. Die geringe Wahlbeteiligung, die heute schon mehrfach

angesprochen wurde, hat gezeigt, wie stark die Politikverdrossenheit der Menschen ist, wie viele Menschen sich enttaeuscht ueber das Verhalten der Parteipolitiker in der Volkskammer, im Bundestag und auch in den Kommunalparlamenten ins Private zurueckgezogen haben. Ein Drittel Nichtwaehler bedeutet ein Drittel von der Entwicklung Enttaeuschte.

Fuer eine derartig wichtige Entscheidung wie die Wahl eines Ministerpraesidenten ist es erforderlich, neben der Beachtung der Wahlergebnisse auch einmal tiefer zu blicken und dabei das Vertrauen der Menschen zur Politik in unserem Bundesland wiederherstellen zu helfen.

Wir halten es deshalb fuer unumgaenglich, dass nur ein zweifelsfrei gewaehlter Abgeordneter Ministerpraesident werden kann.

(Vereinzelt Beifall bei Buendnis 90/Gruene und PDS)

Wir sollten es den Buergern von Sachsen-Anhalt nicht zumuten, dass Politik wieder hinter den Kulissen betrieben wird. Dass, wer die Macht hat, Recht hat, wissen wir inzwischen zur Genuege. Aber kann Hass Grundlage der Politik und insbesondere fuer die Wahl eines Ministerpraesidenten sein?

Wir brauchen deshalb in Sachsen-Anhalt einen Ministerpraesidenten, der parteienuebergreifend Vertrauen geniesst und unbelastet von den Machenschaften von dem alten SED-Staat ist. Unsere Fraktion Buendnis 90/Gruene schlaegt deshalb Herrn Hans-Jochen Tschiche als Ministerpraesidenten vor.

Hans-Jochen Tschiche ist Mitbegruender des Neuen Forums. Er hat entscheidenden Anteil am friedlichen Hinwegfegen des SED-Staates und der demokratischen Entwicklung gehabt, ohne die wir heute auch nicht hier saessen, und aus all diesen Gruenden - viele von Ihnen kennen die Arbeit von Hans-Jochen Tschiche seit Monaten - bitten wir, diesem Vorschlag zuzustimmen.

(Beifall bei der PDS und Buendnis 90/Gruene)

Praesident Dr. K e i t e l :

Wird zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort gewuenscht? - Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir dann zur Abstimmung. Ich nehme an, dass wir veraenderte Wahlscheine in der Zwischenzeit fertigen konnten.

Da das nicht der Fall ist, wuerde ich darum bitten, dass wir in eine fuenfminuetige Pause eintreten.

Präsident Dr. K e i t e l :

Wir kommen jetzt zur Wahl des Ministerpraesidenten des Landes Sachsen-Anhalt. Lassen Sie mich bitte etwas zum Wahlvorgang ausfuehren. Gewaehlt wird mit Stimmzettel in geheimer Abstimmung. Auf den Stimmzetteln sind beide Kandidatennamen aufgefuehrt. Sie geben Ihre Stimme fuer einen der beiden Kandidaten durch Ankreuzen ab. Wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt "Enthaltung" an.

Die Abgeordneten werden durch die Schriftführerin aufgerufen. Ich bitte die aufgerufenen Abgeordneten, einzeln hier nach vorn zu kommen. Sie erhalten hier Ihren Stimmzettel. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach der Abstimmungsentscheidung in der Kabine bitte ich Sie, den Zettel gefaltet in die Wahlurne zu werfen.

Ich gehe davon aus, daß das Haus damit einverstanden ist, daß die Schriftführerin Frau Abg. Budde die namentliche Liste vorträgt, unterstützt durch einen Mitarbeiter der vorläufigen Landtagsverwaltung. Der Schriftführer Uwe Schulze soll die Aufsicht darüber führen, daß immer nur ein Abgeordneter auf die Wahlkabine zugeht. Die Wahlschriftführerin Karla Schulze, ebenfalls unterstützt durch einen Mitarbeiter der vorläufigen Landtagsverwaltung, führt die Aufsicht über die Namenskontrolle bei der Wahlurne.

Ich bitte alle Abgeordneten, darauf zu achten, daß das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, so daß kein Zweifel an der Gültigkeit der Stimme entstehen kann. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder mit anderen Kennzeichen versieht, macht seine Wahl ungültig. Zur Vermeidung einer unzulässigen Kennzeichnung des Stimmzettels kann auch nur der in der Wahlkabine bereitliegende Filzstift zur Stimmabgabe genutzt werden. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes würde als unzulässige Kennzeichnung angesehen und zur Ungültigkeit des Stimmzettels führen. Ich bitte Sie ausdrücklich, sich daran zu halten.

Im Interesse einer reibungslosen Abwicklung der Wahlhandlung bitte ich die Abgeordneten, bis zum Aufruf Ihres Namens auf Ihren Plätzen zu bleiben und nach Abgabe ihrer Stimme gleich wieder Platz zu nehmen. Ich bitte, nicht herumzulaufen oder herumzustehen. Das würde stören.

Ich bitte nun die Schriftführer, Ihr Amt zu übernehmen. Die Abgeordnete Karla Schulze bitte ich, sich davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist und es mir anschließend zu bestätigen. - Die Wahlurne ist offensichtlich leer. Ich bitte nunmehr, den Namensaufruf vorzunehmen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, ihre Stimme abzugeben.

Ich frage, ob ein Mitglied des Hauses im Saal ist, der noch nicht gewählt hat. - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich hiermit die Wahl ab. Bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses unterbreche ich die Sitzung für mindestens 10 Minuten.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß jene Abgeordneten, die noch nicht im Org.büro vorstellig geworden sind, das jetzt tun möchten.

(Unterbrechung der Sitzung)

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort, und ich bitte, die Plätze einzunehmen, da wir noch einiges vorhaben.

Ich frage nach, ob die Abwesenheit der SPD noch längere Zeit anhält.

(Zuruf: Sie kommen!)

Meine Damen und Herren! Nach der mir vorliegenden Wahl Niederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	106
ungültige Stimmen	4
abgegebene gültige Stimmen	102
davon für Dr. Gies	59

(Bravo-Rufe und Beifall bei der CDU)

das Wahlergebnis für den Abgeordneten Tschische: 30

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

Stimmenthaltungen 13

Gemäß § 1 Absatz 1 des Gesetzes über die vorläufige Ordnung der Regierungsgewalt im Land Sachsen-Anhalt wird der Ministerpräsident vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Das heißt, bei der gesetzlichen Zahl von 106 Abgeordneten müssen mindestens 54 für den zu wählenden Ministerpräsidenten abgegeben werden. Für Herrn Dr. Gies sind 59 Stimmen abgegeben worden. Damit ist Herr Dr. Gies zum Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt gewählt worden.

(Beifall vor allem bei der CDU - die Fraktionen gratulieren Dr. Gies und überreichen Blumen.)

Ich frage den hier anwesenden Dr. Gies - ich hoffe, er sieht mich noch -, ob er die Wahl annimmt.

(Dr. Gies: Ja, ich nehme die Wahl an.)

(Beifall bei der CDU)

Damit sind Sie, Herr Dr. Gies, zum Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt gewählt. Ich beglückwünsche Sie und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit Glück, Erfolg und Gottes Segen.

Nach § 3 des Gesetzes über die vorläufige Ordnung der Regierungsgewalt im Land Sachsen-Anhalt hat der Ministerpräsident beim Amtsantritt ein Gelöbnis in die Hand des Landtagspräsidenten abzugeben.

Ich bitte alle im Saal Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Herr Ministerpräsident, kommen Sie bitte zu mir und sprechen Sie das Gelöbnis.

(Es erfolgt die Gratulation durch die Vertreter der Fraktionen des Landtages Sachsen-Anhalt.)

Fraesident Dr. K e i t e l :

Herr Ministerpraesident! Sie geloben, dass Sie die Gesetze beachten und Ihr Amt nach bestem Wissen und Gewissen ausueben werden.

Ministerpraesident Dr. G i e s (CDU):
Ja, mit Gottes Segen.

Praesident Dr. K e i t e l :

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Herr Ministerpraesident, Sie haben die Gelegenheit, eine kurze Erklaerung abzugeben.

Ministerpraesident Dr. G i e s :

Sehr geehrter Herr Landtagspraesident, sehr geehrte Vizepraesidenten des Landtages, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Ich moechte mich bedanken fuer das Vertrauen, das Sie mir durch Ihre Wahl entgegengebracht haben, und moechte Ihnen zugleich versichern, dass ich mich mit allen Kraefte dem Land Sachsen-Anhalt und seinen Menschen widmen werde. Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist gewaltig. Am 3. Oktober wurde die Einheit unseres Vaterlandes wieder hergestellt. Die Deutschen in Ost und West kamen nach mehr als 40 Jahren der Trennung durch Mauer und Stacheldraht wieder zusammen. Heute findet hier in diesem Raum die konstituierende Sitzung des Landtages Sachsen-Anhalt statt. Damit legen wir nicht nur einen wichtigen Grundstein fuer ein geeintes, fönderales Deutschland. Wir Parlamentarier beginnen heute mit der schweren Aufgabe, aus Sachsen-Anhalt wieder ein bluehendes Land im Herzen Deutschlands zu machen. Mehr als 40 Jahre Sozialismus haben ein schweres Erbe hinterlassen. Die Probleme, die sich uns in der Umwelt, in der Wirtschaft und im Sozialbereich, in Recht und Politik stellen, sind gewaltig. Die Unterdrueckung und Unfreiheit haben auch die Menschen in unserem Lande verletzt. Ich bin bereit, mich als Ministerpraesident des Landes Sachsen-Anhalt diesen Problemen zu stellen. Wir muessen gemeinsam versuchen, rasch Loesungen fuer die draengenden Probleme unseres Heimatlandes zu finden. Die Erwartungen der Buerger, die uns am 14. Oktober das Vertrauen geschenkt haben, sind hoch. Wir duerfen sie nicht enttaeuschen. Die ersten Jahre werden nicht leicht werden. Sie werden vielen Menschen in unserem Lande viel abverlangen. Doch mit Mut, Entschlossenheit und Gottes Segen werden wir es schaffen! Sachsen-Anhalt wird bald wieder ein bluehendes Land im Herzen Deutschlands sein. Das ist das Ziel meiner Regierung, und hierfuer bitte ich um Ihre Unterstuetzung.

(Beifall von CDU und F.D.P.)

Praesident Dr. K e i t e l :

Wir wollen in unserer Arbeit fortfahren. Ich bitte die Pressevertreter, die Buehne wieder freizugeben.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit fuer den Tagesordnungspunkt 15, der die Buerger unseres Landes heute mit besonderem Interesse nach Dessau blicken laesst. Tagesordnungspunkt 15 heisst: Beschlussfassung ueber die Hauptstadt des Landes Sachsen-Anhalt. Ich mache Ihnen dazu nach entsprechenden Vorbesprechungen zwischen den Fraktionen bzw.

den Fraktionsvorsitzenden folgenden Vorschlag:
vorgeschlagenen Staedte werden ohne Aussprache zu
gestellt, wobei auf die Territorialliste zunaechst die
Halle und Magdeburg kommen sollten. Ich darf dem vorgre
hiess, die Kandidatur einer weiteren Stadt ist zulaessi
dafuer ein Abgeordneter den Vorschlag bringt, und
Vorschlag mit mindestens 35 Abgeordnetenunters
untersetzt werden kann. Dies ist als Vorschlag fuer di
Dessau eingebracht worden in Drucksache 1/8 - meines
durch den Abgeordneten Bill mit 38 zusae
Unterschriften. Dies ist insofern im Sinn
interfraktionellen Absprache abstimmungsberechtigt.

Es ist vereinbart, dass fuer den ersten Wahlgang die
Mehrheit der abgegebenen gueltigen Stimmen erforderlich
soll. Wird diese nicht erreicht, stehen noch 2 Staed
Wahl, und die Stadt mit der geringsten Stimmenzahl
weggelassen. Fuer den ersten Wahlgang ist die absolute M
der abgegebenen gueltigen Stimmen erforderlich. Wird
Mehrheit nicht erreicht, so findet ein weiterer Wahlgang
bei dem die einfache Mehrheit der abgegebenen gueltigen
ausreicht. Bei Stimmgleichheit findet ein weiterer W
statt. Sollte auch dieser Wahlgang keine Entscheidung b
so wird zwischen den beiden Bewerbern durch die Ha
Praesidenten das Los gezogen. Stimmzettel ohne Kennze
gelten als Enthaltung und werden als gueltige Stimmen ge
Ich muss an dieser Stelle einen Gegenvorschlag einb
unterzeichnet von 10 Abgeordneten. Dieser ist nach vorla
Geschaeftsordnung berechtigt, hier eingebracht zu werden
den Gegenvorschlag muss abgestimmt werden.

a) dasz nur diejenige zur Wahl stehende Stadt Landeshau
von Sachsen-Anhalt wird, die mindestens zwei Dritt
abgegebenen Stimmen der Landtagsabgeordneten erhaelt, un

b) dasz im Falle zweier erfolgloser Stichwahlen erne
Stadt mit zur Wahl gestellt wird, die bei der vorherg
Wahl die dritthoechste Stimmenzahl erhielt.

Begrueundung: Die seit Monaten anhaltenden Auseinanderse
ueber die kuenftige Landeshauptstadt haben dem Land Sa
Anhalt bereits beträchtlichen Schaden zugefuegt.
minimales Uebergewicht im Stimmenverhaeltnis zugunste
einen oder anderen Stadt wuerde auch weiterh
Spannungen fuehren. Nur eine ueberzeugende Mehrheit fuer
der kandidierenden Staedte wird von den Buergerinne
Buergern Sachsen-Anhalt akzeptiert werden. Ein solches
wuerde zum Abbau eingeschlagener Emotionen beitra
und zur angestrebten harmonischen Entwicklung des
hinfuehren."

Ich stelle diesen Abaenderungsantrag zur Abstimmung. Wer
Antrag seine Zustimmung geben moechte, den bitte ich jet
das Handzeichen. - Stimmenthaltungen? - Damit ist
Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Zur Entscheidung stehen demnach die Staedte Dessau, Hall
Magdeburg.

(Abg. Dr. Hoepfner, SPD: Zur Geschäftsordnung!)

Mir wird eben bedeutet, dass ueber den ersten Antrag, der also die interfraktionelle Uebereinkunft darstellt, abzustimmen ist. Ich hatte angenommen, dass, wenn ein Abaenderungsantrag abgelehnt wird, der urspruengliche Antrag angenommen sei. Ich stelle also den interfraktionellen Antrag, so wie er hier vorgetragen wurde, zur Abstimmung. Wer ihm seine Zustimmung geben moechte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen, bitte. - Enthaltungen? - Bei 1 Gegenstimme und einer Enthaltung ist dieser Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren!

Zur Entscheidung stehen also nunmehr die Staedte Dessau, Halle und Magdeburg. Wir kommen nun zur Abstimmung ueber die Hauptstadt. Das Abstimmungsverfahren ist aehnlich wie das der Wahl des Ministerpraesidenten. Sie erhalten hier vorn vom Schriftfuehrer Schulze einen Stimmzettel. In der Kabine kreuzen Sie in dem vorgesehenen Kreis die Stadt an, fuer die Sie sich als Hauptstadt entscheiden, und zwar ebenfalls mit dem dort bereitliegenden Schreibgeraet. Die Zugangsaufsicht zur Kabine fuehren Mitarbeiter der vorlaeufigen Landtagsverwaltung durch.

Mehrere Kreuze, Zusaetze, Kennzeichnungen oder Beschaedigungen machen den Stimmzettel ungueltig. Das gleiche gilt fuer andere Schreibgeraete, soweit sie an Stelle des in der Kabine liegenden Filzstiftes verwendet wurden.

Der Namensaufruf erfolgt durch die Schriftfuehrerin Abg. Frau Budde. Die Aufsicht ueber die Wahlurne fuehrt die Schriftfuehrerin Frau Schulze jeweils unter Mitwirkung von Mitarbeitern der vorlaeufigen Landtagsverwaltung. Zum Schlus stimmen die Schriftfuehrer und der Sitzungsvorstand ab. Ich bitte nunmehr Frau Budde, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

Meine Damen und Herren!

Ich erbitte Ihre geschaeetzte Aufmerksamkeit fuer zwei organisatorische Hinweise:

Der Aeltestenrat trifft sich nicht, wie vorhin verkuendet, am Dienstag 13.00 Uhr, sondern am Dienstag 14.00 Uhr in der Bezirksverwaltungsbehoerde Halle. Der Geschaeftsordnungsausschusz bittet mich, mitzuteilen, dasz seine Beratung am Donnerstag 9.00 Uhr im Rathaus in Aschersleben stattfindet. Also nochmals: Aeltestenrat Dienstag 14.00 Uhr in der Bezirksverwaltungsbehoerde Halle, Geschaeftsordnungsausschusz Donnerstag 9.00 Uhr im Rathaus in Aschersleben.

Meine Damen und Herren!

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit und die angemessene Ruhe.

Abg. Katrin B u d d e :

(Es folgen Namensaufruf und Stimmabgabe.)

Meine Damen und Herren!

Ich bitte nunmehr die Schriftfuehrer, ihre Stimmen abzugeben.

Die Auszaehlung der Stimmen wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Ich unterbreche die Sitzung. Wir machen eine kleine Pause.

(Unterbrechung der Sitzung)

Praesident Dr. K e i t e l :

Meine Damen und Herren!

Ich habe das Abstimmungsergebnis bekanntzugeben.

Abgegebene Stimmen	106
Ungueltige Stimmen	keine
Damit gueltige Stimmen	106
Davon fuer Magdeburg	51
fuer Halle	42
fuer Dessau	12
Enthaltungen	1

Die absolute Mehrheit der abgegebenen gueltigen Stimmen waeren mindestens 54 gewesen. Nach diesem Ergebnis hat keine der Staedte die absolute Mehrheit der abgegebenen gueltigen Stimmen erhalten. Damit scheidet die Stadt Dessau mit der geringsten Stimmenzahl aus.

Es ist nunmehr also zwischen den Staedten Halle und Magdeburg eine Entscheidung herbeizufuehren. - Das Wahlverfahren verlaeuft in gleicher Weise wie bereits gehabt.

(Unruhe im Saal)

Ich bitte die Schriftfuehrer um den namentlichen Aufruf und die Abgeordneten werden gebeten, waehrend des Abstimmungsverfahrens ihre Plaetze zu behalten. Ich bitte um hinreichende Ruhe, um den naechsten Wahlgang durchfuehren zu koennen.

Präsident Dr. K e i t e l :

Meine Damen und Herren,

ich stelle die Frage, ob es in diesem Haus noch Abgeordnete gibt, die Ihre Stimme noch nicht abgegeben haben. Das ist nicht der Fall. Damit erkläre ich die Wahl für abgeschlossen. Es folgt eine Pause von 10 bis 15 Minuten.

(Unterbrechung)

Meine Damen und Herren!

Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Nach der mir vorliegenden Abstimmungsniederschrift hat die Wahl nunmehr das folgende Ergebnis:

abgegebene Stimmen: 106, ungültige Stimmen: keine, damit gültige Stimmen: 106. Davon entfallen auf Magdeburg 57 (Beifall) und auf Halle 49 (Beifall), Enthaltungen gab es keine.

Die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen wären mindestens 54 gewesen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, nach diesem Ergebnis hat die Stadt Magdeburg die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten. Sie wird mithin Hauptstadt des Landes Sachsen-Anhalt. Ich gratuliere den Bürgern der Stadt Magdeburg zu diesem Abstimmungsergebnis.

Das Land Sachsen-Anhalt wird sich aber auch gegenüber den Städten Dessau und Halle sicher verpflichtet fühlen, und sicherlich werden eine Reihe von Landesbehörden dort ihren Sitz nehmen.

(Beifall)

Bürger und Verwaltung dieser Städte haben sich engagiert um die Bestimmung zur Hauptstadt beworben. Der Landtag hat sich aber in einer freien und geheimen Abstimmung für Magdeburg entschieden.

Meine Damen und Herren!

Ich erlaube mir, mit meinen eigenen Worten hinzuzufügen, was ich bereits heute vormittag gesagt habe: Die Abstimmung über die Landeshauptstadt ist eine wichtige, eine sehr wichtige Frage. Die Art und Weise, wie sie im Konsens getragen wird, wird noch wichtiger sein. Die Frage, wie mit dieser Entscheidung für die Bürger umgegangen wird, wird mitentscheidend für die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt.

Meine Damen und Herren!

Wir sind am Schluß der heutigen Tagesordnung. Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen.

Ich schlage vor, daß wir sehr bald einen Verfassungsausschuß bilden.

Um arbeitsfähig zu werden, müssen wir auch möglichst schnell Landtagsausschüsse bilden, die die Verhandlungen im Plenum vorzubereiten haben.

Umfang, Zahl und Art der Ausschüsse werden wesentlich davon abhängen, welche Vorstellungen im Geschäftsordnungsausschuß, den wir heute eingesetzt haben, von den Fraktionen entwickelt werden. Deshalb sollten wir den Geschäftsordnungsausschuß bitten, dem Plenum vordringlich vorzutragen, wie künftig die Ausschubarbeit eingerichtet werden soll. Dazu wird kein Widerspruch erhoben, ich darf das also so als Auftrag des Plenums an den Geschäftsordnungsausschuß weitergeben.

Sehr geehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Bevor ich die nächste Sitzung einberufe, ist es mir ein besonderes Bedürfnis, Ihnen allen zu danken, daß wir die heute so umfangreiche Tagesordnung so zügig abwickeln konnten.

Einen besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle dem Landesbevollmächtigten, Herrn Prof. Dr. Steinberg, aussprechen, in dessen Nähe und Vertretung ich zeitweilig die Ehre hatte mitzuarbeiten.

(Allgemeiner Beifall - Prof. Dr. Steinberg wird ein Blumengebinde überreicht.)

Ich denke, er hat sehr viel für unser Land getan, und dessen werden wir uns stets erinnern. Schönen dank.

Ganz besonders danken möchte ich aber auch allen, die an der Vorbereitung und Durchführung dieser Sitzung, ob im Vordergrund oder Hintergrund, mitgewirkt haben. Dazu gehört auch und zunächst der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Gerhard Stoltenberg, dem wir für die Zustimmung danken, daß wir hier tagen konnten.

Wir danken den Mitarbeitern der Stadt Dessau und des Landestheaters in Dessau für die würdige Ausgestaltung des Plenarsaales und seiner Nebenräume.

Wir danken dem Kommandeur, seinen Offizieren und Soldaten, die so bereitwillig mitgeholfen haben, einen angemessenen Rahmen für die erste Sitzung unseres Landesparlaments zu schaffen. Daß das in einer militärischen Einheit nicht ohne Komplikationen abläuft, füge ich hinzu.

Wir danken den Sicherheits- und Ordnungskräften, und nicht zuletzt danke ich den Mitarbeitern der vorläufigen Landtagsverwaltung aus Halle und ihren Beratern. Sie haben in Vorbereitung und Durchführung der Tagung ein hervorragendes Ergebnis erbracht.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Dank auch unseren Gästen aus nah und fern. Ihre Anwesenheit heute war für den Landtag eine Ehre.

Wir alle haben uns sehr gefreut über das rege Interesse, das dieser Sitzung in den Medien entgegengebracht wurde und noch entgegengebracht wird. Wir hoffen sehr, daß diese Berichterstattung dazu beiträgt, daß das Landesparlament bei den Bürgern dieses Landes als ihre Volksvertretung erlebt wird.

Allen Anwesenden danke ich für das Verständnis für die besondere Situation hier in dieser Tagungsstätte, und mit den Abgeordneten und Bürgern von Sachsen-Anhalt hoffe ich, daß unser Landtag in den nächsten Jahren eine angemessene Tagungsstätte besitzen wird.

Ich berufe die nächste Landtagssitzung ein auf Freitag, den 2. November 1990, um 13 Uhr hier im gleichen Saal.

Für den abschließenden Empfang für die Abgeordneten und geladenen Gäste im Rathaus wünsche ich uns allen noch einige angenehme Gespräche und eine gute Heimfahrt.

Wir singen jetzt gemeinsam unsere Nationalhymne.
(Folgt Gesang der Nationalhymne)

Damit ist die erste Sitzung des Landtages Sachsen-Anhalt geschlossen.

Ich danke Ihnen.

(Ende der Sitzung 17.17 Uhr)

Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P. und CDU)

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Ich folge weiterhin der mir von den Fraktionen zugearbeiteten Rednerliste. Hier steht in der zweiten Runde für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Becker. Bitte, nehmen Sie das Wort.

Abgeordneter Herr B e c k e r (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir verabschieden heute in Dritter Lesung einen Haushalt, der wahrlich nicht alle unsere Wünsche erfüllt, aber es ist ein Haushalt nach Augenmaß. Der Nachtrag ist bereits angekündigt. Dieser Haushalt enthält Rechtsverpflichtungen und darüber hinaus in nicht unbeachtlichem Maße, und dies kann sich vor allen Dingen auch die Koalition an den Hut stecken, die beiden Fraktionen der CDU und F.D.P., über eine Milliarde zusätzliche Mittel an Investitionen.

Für die Kommunen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bringt dieses ein Stück finanzieller Sicherheit, aber - und dies ist gewollt - auch einen Handlungsdruck; denn nun kommt es darauf an, Farbe zu bekennen, Programme aus den Schubladen zu holen, Investitionen anlaufen zu lassen, und es wird sich zeigen, welche Kommunen den Winterschlaf genutzt und welche Kommunen den Winter verschlafen haben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sorgen bereitet mir indeß, und das muß ich auch bekennen, die Problematik, die wir in verschiedenen Gebieten unseres Landes haben, daß nämlich jede Kommune nun glaubt, sie müsse sich ein Gewerbegebiet leisten können. Hier gilt es, die Rahmenordnung möglichst rasch voranzutreiben, und ich muß sagen, Herr Dr. Höppner, Sie haben durchaus recht, jedem Dorf seine Baustelle, aber, bitte, nicht jedem Dorf sein Gewerbegebiet. Das wäre sicherlich völlig verkehrt.

(Einzelner Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Höppner, Sie haben erklärt, Sie wären nicht in der Lage, diesem Haushalt zuzustimmen. Ich habe mir kritisch überlegt und habe lange darüber nachgedacht, auch noch bei den anderen Rednern, was eigentlich die Gründe sein könnten, die Sie zu einem solchen Wort veranlassen konnten. Ich habe sie nicht gefunden. Sie haben gesagt, erstens, eine Enttäuschung habe sich draußen über diesen Haushalt breitgemacht. Dieser Haushalt verschiebe die Probleme auf den Nachtrag, und als Beispiel haben Sie angebracht zunächst einmal die Kommunen.

Sie haben gesagt, es sei ein Trick, Wohnungen zu verkaufen. Erst müsse man sanieren - hier wörtlich -, dann verkaufen. Aber, lieber Herr Dr. Höppner, das ist doch eine Frage des Verhandlungsge-

genstandes. Ich kann doch eine alte Wohnung zu einem billigeren Preis verkaufen, oder ich kann eine Wohnung sanieren und zum teuren Preis verkaufen. Das ist doch im Grunde genommen gehoppt wie gesprungen. Im Gegenteil! Meine Bürger sagen mir, wenn ich die Wohnung in relativ altem Zustand bekomme, bin ich in der Lage, in Eigenleistung mehr heranzuklotzen, als bei einer sanierten Wohnung.

(Beifall bei der CDU)

Und dann, Herr Dr. Höppner, haben Sie den Sozialhaushalt herangezogen. Ich weiß nicht, ob Sie das BSHG schon so gut kennen, daß Sie wissen, im BSHG ist ein Rechtsanspruch auf Sozialleistung verankert. Aber ich muß doch mal die Frage stellen, lieber Herr Dr. Höppner, weil es doch völlig egal ist, wenn sich der Herr Sozialminister oder der Herr Finanzminister da um 100 000 Mark verrechnet haben, da kommt es eben in den Nachtrag; denn jeder hat auf seine Sozialleistung in diesem Land seinen Anspruch.

(Beifall bei der CDU)

Und dann kommt die dritte sogenannte Enttäuschung: Angst und Schrecken - und da ist es mir in der Tat fast schlecht geworden - hätten wir den Kirchen bereitet, wie in den letzten 40 Jahren zuvor nie ein anderer. Aber, lieber Herr Dr. Höppner, da haben Sie nun doch ein bisschen zu tief in die Kiste der Verbalistik gegriffen. Das ging doch nun in der Tat ein bisschen zu weit; denn Sie werden zugeben, Herr Dr. Höppner, das Finanzministerium und die Landesregierung befinden sich da in Verhandlung - der Finanzminister wird dazu etwas sagen - mit der Kirche. Die Dinge sind ja bishin zum Kongortat völlig offen, und was die sozialen Leistungen der Kirchen anbelangt, so sind doch die Caritas wie die Diakonie als Wohlfahrtsverbände genauso berechtigt, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, wie das DRK, wie der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband und wie die Arbeiterwohlfahrt. Da gibt es doch gar keinen Unterschied, und deshalb ist das meines Erachtens ein Horrorgemälde, was Sie hier gemalt haben.

Und dann weisen Sie darauf hin, und da bin ich mit Ihnen wieder einig, Sie sagen, wir sollten ja nicht die Fehler machen, die man vor 20, 30, 40 Jahren in den Bundesländern gemacht hat. Fragen Sie mal Ihren Kollegen Kühn, der sitzt bei mir und saß bei mir im Stadtrat. Wir bemühen uns alle darum - er ist gerade nicht da -, daß wir diese Fehler nicht wieder machen. Das tun alle, und das tut auch die Landesregierung. Ich will hier ein Beispiel bringen.

Sie sprachen von Atom, ich spreche von Müll. Da hat man bei uns plötzlich behauptet, die Mülldeponie müsse laufen. Was hat die Landesregierung gemacht? Sie hat gesagt, das Ding müssen wir mal überprüfen. Dann hat man es nach Stuttgart geschickt zum Regierungspräsidium. Und die haben gesagt, Ihr seid wohl hirnrissig, das Ding darf so nicht abfahren, weil es noch nach den DIN-Normen der DDR von 1987 geprüft worden ist.

Wo also, frage ich Sie, werden diese Fehler gemacht? Wir gehen doch gerade dazu über, diese Fehler zu vermeiden. Daß uns hin und wieder Fehler passieren, wer ist frei, sagte der Herr Tschiche,

(Abgeordneter Herr Becker, CDU: Jawohl, bitte schön.)

Abgeordneter Herr G ü r t h (CDU) :

Ist es nicht so gewesen, daß in den Ausschüssen die Opposition nicht nur zu den Nachtragsverhandlungen, also etwa 1 Milliarde zugestimmt haben, sondern sie den Beschlußempfehlungen mehrheitlich zugestimmt hat.

Abgeordneter Herr B e c k e r (CDU) :

So bin ich auch orientiert, das muß ich sagen. Also ich danke noch einmal, daß Sie mir auf die Beine geholfen haben, es ist sogar so gewesen. Also ich meine doch, meine Damen und Herren: Hängt das vielleicht damit zusammen, daß das etwas mit Spiegel- fechtereie zu tun hat, mit Fensterreden, weil wir uns jetzt im Plenum befinden und man in den Ausschüssen ohne Öffentlichkeit dann sein wahres Gesicht zeigt, aber hier wie gesagt schon Wahl- kampf betreibt. Es ist eigentlich fast zu früh für Wahlkampf,

(Gelächter bei der CDU und F.D.P.)

denn Sie entpuppen sich. Ich warne Sie davor, ich bin ein alter Wahlkämpfer, man sollte nie zu früh starten.

(Heiterkeit im Saal)

Das ist sehr gefährlich.

(Präsident Herr Dr. Keitel: Herr Abgeordneter Becker, ich weise Sie darauf hin, daß die Redezeit der CDU-Fraktion zu Ende ist. Bitte kommen Sie zum Ende.)

Herr Präsident, Sie sind für mich so eine große Autorität, daß ich aufhöre und noch folgendes sage:

(Heiterkeit im Saal)

Der Herr Tschiche hat von den großen Ängsten gesprochen. Meine Damen und Herren, natürlich sind Ängste da, aber es wird nie von den Hoffnungen, von dem Optimismus, von dem Elan und vom Ärmel- hochkrempeln, das unsere Bürger eigentlich haben, gesprochen. Schauen Sie doch mal in die Kommunen, das müssen Sie sehen, das ist das Entscheidende!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Damit nicht übersehen wird, wir haben diese Ängste und kennen sie auch. Wir werden nächste Woche eine Aktuelle Debatte um eine sol- che Angst beantragten. Gehen Sie nach Halle, fragen Sie den Bür- ger, der jetzt feststellt, daß durch Schlamperwirtschaft 200 Mil- lionen Mark verschlumpert worden sind! Den Dingen muß man nachge- hen, das sind die Bürgerängste, die wollen wir aufgreifen und nichts anderes!

wer ist frei von Fehlern? Keiner von uns - sind wir uns einig.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Teil 11

Herr Dr. Höppner, ich sehe also keinen Grund, sich diesem Haushalt zu verschließen, es sei denn, es handelt sich um eine Verweigerungshandlung, die zum Prinzip wird. Doch das meine Damen und Herren hat allerdings sehr wenig mit Demokratieverständnis zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Wenn sich einer schmollend in die Ecke stellt, nachdem er im Herbst die Wahl verloren hat - ich frage Sie: Was ist das für ein Demokrat?

(Beifall bei der CDU und bei der F.D.P.)

Ich habe Sie eigentlich anders eingeschätzt, Herr Dr. Höppner. Und meine Damen und Herren, diese Verweigerungshaltung ist gar nicht so alt. Wir haben sie nämlich schon bei der Geschäftsordnungsdebatte erlebt. Da haben Ihre Freunde, unsere politischen Gegner, Ihre Fraktionskollegen mit uns gerungen. Ich sehe uns noch, Herr Dr. Schindel und wir alle, wie wir gerungen haben um eine Geschäftsordnung. Dann sind Sie in einem Punkt unterlegen, es ging um das Selbstbefassungsrecht, da haben Sie gesagt, nein, dann machen wir gar nicht erst mit. Und so scheint mir das heute auch zu sein, denn ich muß doch eins feststellen, es ist doch außerordentlich interessant, und das muß der Öffentlichkeit gesagt werden, daß Ihre Fraktionskollegen in den Ausschüssen munter mit uns gestimmt haben, zugestimmt haben.

(Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Sie waren begeistert dabei, als 1 Milliarde dazu gelegt wurde.

(Abgeordneter Herr Dr. Höppner, SPD: Hätten wir gegen die Milliarde stimmen sollen?)

Nein, aber jetzt dem Haushalt zustimmen, verehrter Herr Dr. Höppner - zustimmen!

(Abgeordnete Frau Dr. Kuppe, SPD: Es geht nicht um den vollen Haushalt)

Doch, natürlich geht es um den vollen Haushalt, den wir ja dringend brauchen. Wir brauchen auch noch einen Nachtragshaushalt, da sind wir ja völlig einer Meinung.

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Abgeordneter Herr Dr. Höppner: und die Seilschaften)

Ach, Seilschaften hin, Seilschaften her!

(Gelächter bei der SPD)

Deshalb bitte ich Sie, noch einmal Ihre Meinung zu überdenken, Herr Dr. Höppner, ob Sie diesem Haushalt nicht doch zustimmen können. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Meine Damen und Herren, ich schließe damit die Runde 2 der Dritten Beratung unseres Haushaltsentwurfes. Mir liegen im Moment keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich frage Sie, ob ich eventuell Wortmeldungen übersehen habe. Wünscht noch jemand das Wort? - Herr Minister bitte!

Minister der Finanzen, Herr Prof. Dr. M ü n c h :

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann ja die Opposition nicht verwöhnen und will deshalb auch heute nicht schon wieder eine Rede halten. Ich wollte nur zu einem Punkt Stellung nehmen, weil ich schon denke, daß es wichtig ist, daß hier vor der Öffentlichkeit kein falscher Eindruck erweckt wird und hier eine Schuldzuweisung in einem Punkt kommt, wo ich auch als gläubiger Christ nun völlig unverdächtig bin, in eine solche Situation hineinzukommen.

Ich spreche über den Antrag der SPD in der Frage: Rechtsverpflichtungen gegenüber den Kirchen. Ich habe vor mir den Entschließungstext und würde dazu gern folgendes sagen: Danke schön!

Herr Dr. Höppner, wir haben mit den Kirchen Gespräche geführt, obwohl übrigens nicht ich der für Kirchenfragen zuständige Minister der Landesregierung bin, sondern daß ist ein anderer Kollege. Und wir haben in einem sehr freundschaftlichen Geist, das, was den Kirchen über 40 Jahre hier nicht möglich gemacht worden ist, nämlich eigene Kirchensteuer einzunehmen, völlig selbstverständlich mit dem geringsten Verwaltungsaufwand, der unterhalb der Margen in anderen Bundesländern liegt, zugestanden. Darüber waren sie sehr dankbar, und es war für uns auch eine Selbstverständlichkeit - ich will das nur erwähnen, damit wir die ganzen Kirchensteuern, die ja nicht im Reichsreputationshauptschluß Bestandteil waren, und über die in den letzten 40 Jahren ja auch nicht diskutiert worden ist, hier noch mal erwähnen.

Zweitens: Ich habe erst in dieser Woche, Herr Dr. Höppner, einen Brief von dem katholischen Bischof Nowak und von den Repräsentanten der evangelischen Kirche bekommen, in dem sie ihre besondere Problematik bezüglich möglicher Rechtsverpflichtungen - völkerrechtlich ein ganz schwieriges Problem - schildern, wie frühere Vertragsvereinbarungen auf neue Staatengebilde automatisch oder nichtautomatisch zu übertragen sind. Aber in diese Völkerrechtsdebatte will ich mich gar nicht einlassen, weil ich es von der

Sache her für dringend erforderlich halte, daß wir ihnen entsprechende Zuwendungen machen. Sie haben mich in diesem Brief auch darauf hingewiesen, daß sie wünschen, mit mir darüber Gespräche zu führen. Das war in dieser Woche. Ich habe vorgestern Abend bereits ein erstes Gespräch in dieser Frage mit dem Bischof Nowak geführt. Ich werde so schnell wie möglich mit den Vertretern der evangelischen Kirche darüber sprechen. Das ist für mich überhaupt kein Thema, Herr Dr. Höppner - damit es hierüber keinen Dissens und keine falschen Darstellungen in der Öffentlichkeit gibt -, daß wir die Kirche in ihrer Arbeit in jeder Weise unterstützen, so wie das in einem demokratischen Rechtsstaat notwendig und auch üblich ist. Ich denke, daß wir die Frage der Rechtsverpflichtung in diesem Zusammenhang nicht deshalb belastend für uns werten können, weil bei der Aufstellung des Haushaltes die Kirchen uns dieses Problem, daß uns neu war, auf Grund dieser alten Verpflichtung nicht vorgetragen hatten. Von daher stehe ich nicht an, über diese EntschlieÙung überhaupt nur zu diskutieren. Ich halte sie für berechtigt, ich halte sie von der Sache her für notwendig, von daher wäre ich froh, wenn die Fraktionen insgesamt dies so sehen und der EntschlieÙung zustimmen würden. Ich bin persönlich sogar der Meinung, daß eine Überweisung in den Ausschuß nicht erforderlich ist. Ich als Finanzminister kann diesem Text so uneingeschränkt zustimmen.

(Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Herr Dr. Höppner, Sie bitten um das Wort. Im Rahmen der erteilten Redezeit steht es Ihnen nicht zu. Aber, wenn Sie zu diesem Antrag noch eine Begründung abgeben möchten, dann bitte, obwohl Sie gehört haben, daß das Echo offensichtlich sehr positiv ist.

Abgeordneter Herr Dr. H ö p p n e r (SPD) :

Herr Präsident, ich will zu diesem Antrag noch mal Stellung nehmen, nachdem die Regierung Stellung genommen hat, ist das wohl auch mein Recht als Fraktionsvorsitzender. Ich will eines richtigstellen: Das Thema Kirchensteuern hat mit diesem Thema, das ich hier angeschnitten habe, gar nichts zu tun. Hier handelt es sich um eine Dienstleistung, die sozusagen öffentliche Einrichtungen für die Kirche übernehmen. Und ich will hinzufügen, wer kundig ist in dieser Diskussion, weiß, daß es innerhalb der Kirche umstritten ist, ob diese Dienstleistung in Anspruch genommen werden sollte.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne)

Das hat hiermit nichts zu tun.

Das Zweite: Ich denke, daß die Darstellung, wann Gespräche darüber stattgefunden haben, die Sie gegeben haben, Herr Finanzminister, so nicht richtig ist. Über diese Dinge ist bereits früher gesprochen worden. Ich bitte jetzt die Daten der Sache willen, weil es vorangehen soll, nicht noch mal aufzuzählen. Das wäre, glaube ich, eher peinlich.

W o r t p r o t o k o l l
der S o n d e r s i t z u n g des Landtages
von Sachsen-Anhalt

am 13.03.1991

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich eröffne die Sondersitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt und darf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sowie die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreter der Medien herzlich begrüßen. Ich wünsche uns allen eine gute Beratung.

Zunächst stelle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses fest, die offensichtlich gegeben ist.

Gemäß Beschluß des Ältestenrates vom 7. März 1991 und der Information an Sie anlässlich der 11. Plenartagung ist für heute eine Sondersitzung des Landtages einberufen. Einziger Beratungsgegenstand soll nach Vereinbarung des Ältestenrates die Dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1991 sein. Mir liegt weiterhin ein Antrag einer EntschlieÙung der SPD-Fraktion vor, Ihnen vorliegend mit Drucksache 1/264, die gemäß § 32 der Geschäftsordnung nach der Schlußabstimmung zum Gesetz zu behandeln ist.

Die Tagesordnung liegt Ihnen in gedruckter Fassung vor. Ich frage: Gibt es Ihrerseits Vorschläge zur Tagesordnung? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich frage Sie deshalb, ob Sie der Tagesordnung in der ausgedruckten Form zustimmen und bitte um Ihr Votum mittels Stimmkarten. - Das ist eindeutig akzeptiert und bestätigt. Die Tagesordnung ist damit beschlossen, und wir verfahren entsprechend.

Bevor wir in die Erörterung zum einzigen Tagesordnungspunkt eintreten, darf ich zur Verfahrensweise folgende Ausführungen machen: Insbesondere um dem Erfordernis des § 31 Abs. 2 der Geschäftsordnung hinsichtlich der Behandlung des Gesetzentwurfes in der Dritten Lesung Rechnung zu tragen, schlage ich folgende Verfahrensweise vor: Die Behandlung des Gesetzentwurfes wird in Dritter Lesung in den schon während der Zweiten Lesung praktizierten 3 Runden durchgeführt. Dabei folgt die thematische Eingruppierung der Bestandteile des Gesetzentwurfes der Zweiten Beratung. Demnach sind Gegenstand der ersten Runde die Einzelpläne 01, 02, 04, 12, 13 und 16, der zweiten Runde die Einzelpläne 03, 07, 11 und 20 und der dritten Runde die Einzelpläne 05, 08, 09 und 15.

Ich empfehle dem Hohen Hause, die Rededauer je Fraktion auf der Grundlage des § 57 unserer Geschäftsordnung wie folgt zuzuteilen und damit zu beschränken: der Fraktion der CDU 20 Minuten, der Fraktion der SPD ebenfalls 20 Minuten, der Fraktion der F.D.P. 15 Minuten, der Fraktion der PDS 15 Minuten und der Fraktion Bündnis 90/Grüne 10 Minuten. Diese Redezeiten stehen den Fraktionen zur freien Verfügung. Sie können nach Belieben auf einzelne Mitglieder der Fraktionen sowie auf die jeweiligen Runden der Dritten Beratung aufgeteilt werden. Die Redezeiten sollten sich so zutreffend jeweils einschließlich der Begründung von Änderungsanträgen verstehen.

Auf der Grundlage des § 56 der Geschäftsordnung schlage ich dem Plenum vor, in den jeweiligen Runden der im Ältestenrat für die Zweite Beratung vereinbarten Reihenfolge der Redner zu verfahren. Diese lautet: Fraktion der SPD, Fraktion der F.D.P., Fraktion der PDS, Fraktion der CDU, Fraktion Bündnis 90/Grüne. - Ich registriere keine Einwände und stelle damit das Einverständnis des Hohen Hauses zu dieser Verfahrensweise fest.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 1/161 wurde in der 9. Sitzung des Landtages in Erster Lesung beraten und dem Ausschuß für Finanzen federführend sowie allen anderen Fachausschüssen zur Mitberatung übergeben. Im Zuge der Zweiten Beratung in der 11. Sitzung des Landtages wurde dieser Gesetzentwurf der Landesregierung durch Annahme der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 1/239, geändert. Dieser Gesetzentwurf in der Fassung der Zweiten Lesung ist gemäß § 31 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gegenstand der heutigen Dritten Beratung. Er liegt Ihnen in Drucksache 1/259 zur Beratung vor.

Damit rufe ich die Runde 1 der Dritten Beratung zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1991, Haushaltsgesetz 1991, auf, die Debatte zum Gesetzentwurf zu den Einzelplänen 01, 02, 04, 12, 13 und 16. Ich wiederhole noch einmal die vereinbarten Redezeiten insgesamt: CDU, SPD jeweils 20 Minuten, F.D.P., PDS jeweils 15 Minuten, Bündnis 90/Grüne 10 Minuten.

Mir liegt die von den Fraktionen beantragte Reihenfolge der Redner vor. Ich bitte für die Fraktion der SPD den Abgeordneten Herrn Dr. Höppner, das Wort zu nehmen.

Abgeordneter Herr Dr. H ö p p n e r (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!
Der Landtag ist keine Sportarena. Dieses Rednerpult steht nicht in einem Boxring, und wer denkt, er könne hier mit Worten spielen, der hat den Ernst der Lage nicht erkannt, und, vor allen Dingen, er kennt die Menschen in diesem Lande nicht. Sie haben es nicht verdient, daß Politik zu einem Theaterspiel degradiert wird. Sie wollen mit ihren Sorgen und Nöten ernst genommen werden, und ihre Hilferufe lassen sich nicht mit flotten Sprüchen abtun. Diese Unsitte westlicher Parlamente wollen wir hier nicht. Sie ist nämlich ein entscheidender Grund für die Politikverdrossenheit, die sich breit gemacht hat, und ich kann Ihnen versprechen, ich werde und will da nicht mit machen.

Dem Finanzminister allerdings muß ich sagen, sein Säbelrasseln am letzten Donnerstag war eher Klappern mit Blech. Wer das Wortprotokoll nachliest, sucht vergeblich nach Substanz.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Sie können das gern tun. Ich habe es mehrere Male gemacht. Dabei hätte ich mir in der Debatte gewünscht, daß wirklich ernsthaft auf unsere Argumente eingegangen wird. Aber vielleicht sind unsere Argumente und Konzepte ja nicht verstanden worden. Vielleicht habe ich zuviel davon vorgetragen, daß Sie sie nicht mitbekommen haben, daß Sie nicht so schnell in der Lage waren, das aufzunehmen. Also, noch einmal: Der Teilhaushalt, der uns hier vorgelegt worden ist, vertagt alle wichtigen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Entscheidungen auf den sogenannten Nachtragshaushalt. Damit kann sich zwar die Landesregierung kurzfristig den Beifall von Herrn Waigel sichern, für die Betroffenen aber ist es eine Enttäuschung, und die Summen, die da im Nachtragshaushalt zu vergeben sind, schmelzen ja offenbar immer mehr zusammen, wenn ich die Zeitungsmittelungen richtig lese.

Die Lasten einer unsicheren Finanzplanung werden damit auf die Kreise und Kommunen abgeschoben. Das Füllhorn übrigens, das der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung am letzten Donnerstag ausgekippt hat, erweist sich eher als jene Wundertüte, die wir kennen, von geringem Wert, wo man erst, wenn man versucht, etwas mit dem Inhalt anzufangen, merkt, daß damit nicht viel anzufangen ist.

Sie werden mir vielleicht nicht glauben, aber vielleicht glauben Sie dem ja bei allen anerkannten brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe, der übrigens, was man jetzt auch lesen konnte, sehr, sehr erfolgreich Unternehmen zur Investition in das Land Brandenburg geholt hat. Ministerpräsident Stolpe hat gesagt: "Die Mittel reichen noch nicht einmal aus, um die Defizite der ostdeutschen Haushalte zu decken. Die Beträge könnten zwar die größten Löcher stopfen, in den Länderkassen fehlten aber weiterhin die Mittel z.B. für die aus früheren Zeiten übernommenen Subventionen für Mieten, Heizung, Nahverkehr und für die auf den Kommunen lastenden Schulden der Wohnungsunternehmen. Ich füge hinzu, diese Kosten jetzt auf die Bevölkerung abwälzen zu wollen, deren Einkommen doch noch sehr deutlich unter dem in westlichen Bundesländern liegt, das wäre verantwortungslos. Und um ein Mißverständnis auszuräumen, das es anscheinend am letzten Donnerstag gegeben hat, wir sind nicht gegen eine angemessene Privatisierung von Wohnungen, aber das darf nicht zu einem Trick werden, die Altlasten, nämlich die Schulden und die Kosten für die jahrzehntelang versäumte Rekonstruktion und Sanierung, auf die einkommenschwachen Bevölkerungsschichten abzuwälzen, und da reicht es einfach nicht, wenn die, wie angekündigt, Zinszahlungen und Rückzahlung von Schulden ausgesetzt werden. Die Schulden müssen gestrichen werden. Und wenn die Kosten für eine eben erworbene Wohnung das Zwölfwache der bisherigen Miete oder, wenn Sie so wollen, daß Dreifache der zulässigen Höchstmiete betragen, dann ist das ein Unterlaufen der wohldurchdachten Mietpreisbindung, und ich will's mal so sagen, was den finanzstarken Wirtschaftsunternehmen gegenüber der Treuhand recht ist, muß doch wohl für die finanzschwachen zukünftigen Wohnungseigentümer billig sein, nämlich die Devi-

se: Erst sanieren und dann privatisieren. Dafür müssen eben die Kommunen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Abgesehen davon, daß wir auch weiterhin eine stattliche Zahl von Sozialwohnungen brauchen. Wer für diese Frage kein Konzept vorlegt, erzeugt bei der Bevölkerung Verunsicherung und Angst.

Das große Loch übrigens, das in den meisten Haushalten der Familien in unserem Land entstehen wird, das zusammen mit drohender Arbeitslosigkeit, ständig steigenden Gebühren, Unsicherheit bei den Ausbildungsplätzen und anderen sozialen Belastungen, dies bedeutet sozialen Sprengstoff. Daß auch im Sozialhaushalt globale Minderausgaben von 100 Millionen DM stehen und sich der Ausschuß für Arbeit und Soziales mit der Streichung dieses Postens nicht durchsetzen konnte, das halten wir für unverantwortlich. Wir hätten es übrigens sogar für erforderlich gehalten, daß dem Haushaltsplan nicht nur eine unvollständige Clearing-Liste für die Abwicklung von Institutionen beigefügt wird. In vielen Fällen hätte zum Abwicklungsbeschluß ein Umstrukturierungsprogramm gehört, das dann auch noch mal Geld gekostet hätte und sich hätte im Haushaltsplan niederschlagen müssen. Vorrangige Überlegungen wären z. B. nötig gewesen für Blutspendeeinrichtungen, Kureinrichtungen, Landesakademie, für das Gesundheits- und Sozialwesen, für den Sportmedizinischen Dienst, aber das kann nur ein Anfang einer Aufzählung sein.

Aber, wie gesagt, das kommt vielleicht im Nachtragshaushalt, für den übrigens sehr unterschiedliche Termine genannt werden. Ich halte mich da an das zu verabschiedende Haushaltsgesetz und da steht spätestens zum Herbst. Das wäre allerdings zu spät und läßt mich Schlimmes fürchten.

Die so häufig angemahnte Alternative der SPD ist ganz einfach: Ein Haushalt mit allen wichtigen politischen Vorhaben und dann notfalls auch den notwendigen Schulden heute und nicht erst im Sommer, wenn die Lage höchstwahrscheinlich auf einem stimmungsmäßigen und wirtschaftlichen Tiefpunkt zutreibt, oder gar im Herbst, wenn das Kind an vielen Stellen schon in den Brunnen gefallen ist und die Einrichtung auch mit einer finanziellen Spritze nicht mehr gerettet werden kann.

Übrigens im Herbst könnte sich dann auch herausstellen, daß dieser ganze Haushaltsplan auf Sand gebaut ist, wenn nämlich die Steuereinnahmen, die der Finanzminister jetzt geschätzt hat, längst nicht in dem Maße eingehen, wenn er sich kräftig verschätzt hat.

Dann könnte sich herausstellen, daß für den Nachtragshaushalt überhaupt nichts übrig bleibt, außer daß man dann Schulden machen muß. Dann wäre manches wirtschaftlich notwendige politische Konzept nicht realisierbar, und dann würde sich herausstellen, daß der Trick eben noch schlimmer war, als im Moment angenommen wird.

(Zuruf eines CDU-Abgeordneten: Wo ist der Trick)

Jetzt so zu tun, als wenn das das Notwendige wäre und das andere wäre die Zugabe, wenn wir das Geld nicht haben, das ist nicht der Fall. Jetzt, so hieß es anfangs, haben wir nur einen Haushalt der

Rechtsverpflichtung, und bei dem Stichwort Rechtsverpflichtung bleibt mir nichts anderes übrig, als daß ich noch einmal auf das Thema kommen muß, was das letzte Mal schon in der Diskussion war, nämlich Rechtsverpflichtung gegenüber der Kirche. Dafür steht nämlich keine Summe im Haushaltsplan, obwohl schon wochenlang darüber gesprochen wurde. Ich spare Ihnen hier Einzelheiten dazu.

Ich habe übrigens beim Nachlesen festgestellt, so ahnungslos sind Sie, liebe Kollegen von der CDU, offenbar nicht gewesen, wie Sie das letzte Mal getan haben; denn ich hatte in meiner Rede überhaupt keine Summe genannt, um die es geht. Vielmehr hat der Abgeordnete Gürth in einem Zwischenruf von 34 Millionen gesprochen. Es war außerordentlich interessant für mich, diese Zahl von Ihnen zu erfahren.

(Bewegung bei der CDU-Fraktion)

Ich hatte sie nicht genannt. Sie können das im Protokoll nachlesen. In der Tat, diese Summe ist genannt worden in den Verhandlungen. Sie müssen offenbar besser Bescheid gewußt haben als ich.

(Unverständlicher Zuruf)

Ich denke, wir werden über diese Sache heute noch beschließen. Ein entsprechender Antrag der SPD liegt vor. Es ist allerdings ein Zeichen dafür, daß so sorgfältig dann bei dem Haushalt doch nicht gearbeitet worden ist. Man würde weitere Beispiele finden, wo er lückenhaft und unausgegoren ist. Daß Sie die Kirchen freilich hier in Angst und Schrecken halten, wie es in den letzten 40 Jahren nicht der Fall war, das hätte sich beseitigen lassen. Das ist nicht sehr schön.

(Zuruf eines CDU-Abgeordneten: Ach! Unverschämt!)

Und was die Finanzen betrifft, stimmt das sehr präzise. Das kann ich Ihnen sagen. Aber, wie gesagt, ich hoffe ja heute, daß wir hier endlich zum Schluß kommen und dieses Thema beigelegt kriegen. Aber wir hätten es übrigens schon vorher beilegen können, wenn Sie unserem Antrag zugestimmt hätten, das noch einmal den Ausschüssen zuzuweisen, weil es dann nämlich hätte von der 2. zur 3. Lesung präpariert werden können. Ich weiß nicht, warum Sie das abgelehnt haben, aus Prestigegründen oder aus Bequemlichkeit. Ich weiß es nicht. Wir hätten sonst wenigstens den Eindruck erweckt, daß wir uns wenigstens alle erdenkliche Mühe gegeben haben.

Übrigens, wenn ich das noch einmal erklären soll mit den Rechtsverpflichtungen. Ich habe mir erzählen lassen, daß viele das nicht wissen. Es handelt sich um ein Erbe, das entstanden ist durch den Preußischen Staat, als er aufgelöst worden ist. Nach 1945 sind diese Rechtsverpflichtungen, die er gegenüber den Kirchen hatte, übergegangen an die Länder. Übrigens nicht nur an die östlichen Bundesländer, sondern auch an die westlichen Bundesländer, die davon betroffen worden sind. Und wenn Zweifel daran bestehen, ob es sich wirklich um Rechtsverpflichtungen handelt, kann ich daran erinnern, daß Anfang der 60er Jahre der Westberliner Senat mal versucht hat von der Summe herunterzukommen und ein Rechtsgutachten erstellt hat, das übrigens auch unserer Regierung

vorliegt. Dieses Rechtsguthaben ist eindeutig. Also darüber gibt es gar keinen Zweifel.

Wir bringen also zu dem Haushaltsgesetz einen Entschließungsantrag ein, der Ihnen vorliegt. Ich kann, wenn das gewünscht wird, hinterher noch einmal etwas dazu sagen. Ich will den Text jetzt nicht wiederholen.

Meine Damen und Herren! Wir lehnen den vorgelegten Haushaltsentwurf ab, und dies muß ein für allemal klargestellt werden, nicht deswegen, weil wir dem Finanzminister schlechte Arbeit unterstellen. Den Dank übrigens an alle, die fleißig an dem Haushaltsplan gearbeitet haben, schließen wir uns durchaus an. Ich denke, daß die Worte von Herrn Schaefer anfangs dies auch ziemlich eindeutig belegt haben. Da gibt es zwischen uns keine Differenzen. Aber es fehlen eben völlig die Zeichen für die Wege aus der Krise. Dabei sind Sie ja, wenn auch mühsam, in vielen Punkten inzwischen auf unseren Positionen angekommen.

(Zuruf eines CDU-Abgeordneten, welche denn)

(Heiterkeit)

Wie zum Beispiel bei der Aufgabenbeschreibung von der Treuhand, das habe ich das letzte Mal ausführlich erzählt, und übrigens, ich kann die Liste fortsetzen. Ich habe mit großem Interesse davon gelesen, daß der Herr Bundesminister Blüm die Gründung von Beschäftigungsgesellschaften - er redet in der Tat mit diesem Wort von Beschäftigungsgesellschaften - in Ostdeutschland für nötig hält. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit könnten Sie beitragen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es müssen unter uns, so hat er gegenüber dem Saarländischen Rundfunk erklärt, große Projekte eingerichtet werden, die bisher in Westdeutschland bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht vorgesehen seien. Gut so, kann ich dann nur sagen, bloß ein halbes Jahr zu spät. Die Projekte könnten schon auf Hochtouren laufen.

Eine weitere Gemeinsamkeit zeichnet sich ab in der Eigentumsfrage, auch wenn das in der Öffentlichkeit immer noch ein bißchen ideologisch verklausuliert wird. Wir sind der Meinung, es muß möglich sein, Rückgabeansprüche auszuschließen gegenüber Maßnahmen, die geeignet sind Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern oder die Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen zu erhöhen, und es darf kein Unternehmen zurückgegeben werden, wenn die Gefahr besteht, daß der neue alte Eigentümer das Unternehmen nicht fortführen oder nur kaputt machen will. Und entschieden werden muß das schnell und vor Ort, und wenn ich die Erklärung richtig lese, stelle ich an der Stelle Konsens fest, den ich außerordentlich begrüße.

Wir fordern die Landesregierung nun auf, umgehend in einer großen Informationskampagne alle öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften, die diese Regelung in Anspruch nehmen können, über den genauen Sachstand und die nötigen Verfahrensschritte zu informieren. Das ist jetzt überhaupt einer der entscheidendsten Punkte.

(Zuruf eines CDU-Abgeordneten: Richtig!)

Es wird jetzt an vielen Stellen gar nicht so sehr um Zahlen gehen, sondern es wird darum gehen, daß wir zu konkretem Handeln kommen. Also ich habe das im vergangenen Herbst, bis ich es nicht mehr hören konnte, wiederholt, wenn ich gesagt habe, wir brauchen nicht so sehr abstrakte Programme, wir brauchen konkrete Projekte. Und wenn ich es noch deutlicher sagen sollte: Jedes Dorf braucht seine Baustelle, keine Handwerker darf mehr ohne Arbeit sein. Das ist das Nötigste, was wir wollen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und Bündnis 90/Grüne)

Darum fordern wir übrigens auch die Regierung auf, Beratungshilfe in jeder erdenklichen Größenordnung zu unterstützen. Aber, bitte, machen Sie nicht nur Druck auf die Kommunen und Kreise. Machen Sie bitte auch Druck in Bonn; denn von dem Bundesprogramm scheint mir noch weniger in Angriff genommen worden zu sein, konkret, als von den Projekten der Kommunen und Landkreise.

Und noch eine unserer Altforderungen möchte ich wiederholen: Die Ausgaben der öffentlichen Hand müssen Beschäftigungsimpulse in Sachsen-Anhalt auslösen. Kreditanstalten für Wiederaufbau könnten das unterstützen. Aber auch sonst müssen alle rechtlichen Möglichkeiten bis an die äußerste Grenze ausgenutzt werden. Daß wir da nicht weit auseinanderliegen, das hat mir die Rede des Wirtschaftsministers am letzten Donnerstag deutlich gemacht. Ich kann nur sagen, schön so, da kommen wir uns näher.

Auf eine Gemeinsamkeit allerdings möchte ich noch zu sprechen kommen, die nun offenbar aufgekündigt wird. Wir haben immer wieder im letzten Jahr lautstark und sehr pointiert gehört: Keine Experimente mit den neuen Bundesländern mehr. Aber das scheint ja nun inzwischen zu Ende zu sein.

(Zuruf eines CDU-Abgeordneten: Keine sozialistischen Experimente!)

Ja, meinetwegen auch keine sozialistischen Experimente. Da scheue ich mich.

(Zuruf eines CDU-Abgeordneten: Das ist der kleine Unterschied!)

(Zuruf eines anderen CDU-Abgeordneten: So ist es.)

Aber der Kern der ganzen Geschichte war, daß das, was sich als falsch bereits herausgestellt hat, nun nicht noch einmal bei uns probiert werden soll, und mit dem Thema, das jetzt überall diskutiert wird, scheint diese Gemeinsamkeit aufgebrochen worden zu sein. Es scheint so zu sein, als wenn die neuen Länder nun doch noch einmal zum Experimentierfeld für die Atomtechnologie werden sollen, die sich in den alten Bundesländern nicht mehr verkaufen läßt. Für Sachsen-Anhalt ist offenbar der Einstieg in die Atomwirtschaft geplant. Dabei weiß jeder, daß die Frage der Endlagerung der abgebrannten Brennstoffe nach wie vor ungeklärt ist. Wir kennen das Thema an verschiedenen konkreten Orten.

Wer das versucht, der macht nämlich gefährliche Experimente, die unsere Kinder und Enkel sehr viel mehr, viel mehr sogar belasten werden, als jetzt die Altlasten, mit denen wir uns in der Chemieregion im Süden Sachsen-Anhalts herumschlagen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Und wenn in den unspezifizierten Fördermitteln, die im Haushaltsplan drinstehen, auch Förderungen für solche Projekte mit verborgen sind, dann ist das ein weiterer solider Grund, diesen Haushaltsplan abzulehnen.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei, trotz der Begründungspunkte, die ich genannt habe, mit einer Zustimmung unsererseits zu diesem Haushaltsplan können Sie nicht rechnen. Und ich denke, Sie wissen inzwischen auch warum.

(Beifall bei der SPD und PDS)

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Für die Fraktion der F.D.P. nimmt der Abgeordnete Haase das Wort.

Abgeordneter Herr Prof. Dr. H a a s e (F.D.P.):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um die Beziehung zur vorigen Lesung herzustellen, werde ich zunächst einen Schluck aus diesem Wasserglas nehmen.

(Heiterkeit)

Wir haben vor wenigen Tagen an der gleichen Stelle also die Zweite Lesung dieses Gesetzes hier erlebt. Für die Fraktion der Freien Demokratischen Partei habe ich diesem Entwurf zugestimmt. Und im Grunde genommen ist dieser Erklärung eigentlich im wesentlichen nichts hinzuzufügen. Ich möchte nur - Herr Höppner - sagen, daß Ihre Rede eigentlich vom Tenor her genau das Gleiche war wie bei dieser vorigen Debatte. Sie haben uns etwas aus Brandenburg erzählt, von Herrn Stolpe, von Herrn Blüm und einige allgemeine Tiraden, möchte ich eigentlich sagen, hier losgelassen. Sie haben auf der einen Seite dem Finanzminister eine ausgezeichnete Arbeit bestätigt und auf der anderen Seite den Haushaltsentwurf abgelehnt. Ich würde denken, daß das wenig zu einer soliden und solidarischen Arbeit beiträgt, wie wir sie hier erwartet haben.

Nun, meine Damen und Herren, wir sind also ganz im Gegensatz zu Ihnen doch stolz darauf, daß für unser Land ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt wurde, auch wenn wir uns darüber im klaren sind, daß es sich zunächst einmal um die Abdeckung der sogenannten Rechtsverpflichtungen handelt. Und wir sind ja, das wissen Sie genauso gut wie ich, in unserem ganzen deutschen Land der einzige Haushalt, der zunächst in dieser Form hier zur Debatte stand und beschlossen wird. Und ich kann Ihnen sagen, daß das in allen Ländern eigentlich mit einer außerordentlichen Aufmerksamkeit verfolgt wird, was wir mit unserem Haushaltsgebahren anfangen und hoffentlich auch durchhalten werden.

(Abgeordneter Höppner, SPD: Welcher Art, habe ich letzten Donnerstag gesagt.)

Wenn Sie sich vor Augen führen, daß unser Nachbarland Niedersachsen in seinem Haushalt 3 Milliarden Mark pro Jahr einplanen muß, um alleine die Zinslast abzudecken, dann würde ich denken, daß die Bedeutung unserer sparsamen Haushaltspolitik doch außerordentlich deutlich wird. Und ich würde auch sagen, meine Damen und Herren, wer darüber den Kopf schüttelt oder lacht, wie es hier auch gesagt wurde, der beweist damit eine Mentalität, die unsere nicht ist und auch nicht werden soll. Sie haben das eben auch gesagt, wir haben im Nachtrag 1 Milliarde DM dazu bekommen. Wir haben vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung gehört, wie sich die Solidarität der alten Länder auch hier für uns auswirkt. Und deswegen möchte ich noch einmal betonen, daß dem Aufbau unseres Landes eigentlich wenig gedient wird, wenn wir hier ununterbrochen Horrorgemälde entwerfen, Schreckensnachrichten verbreiten

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

und unserer Bürger im Grunde genommen bewußt in Schrecken und Angst versetzen. Wir haben allen Grund, unseren Aufbau zügig und energisch weiter zu betreiben. Wir haben dabei die vom Ministerpräsidenten angekündigte Haushaltsdisziplin unbedingt zu beachten und weiterhin dafür zu sorgen, daß damit auch eines der bekanntesten Investitionshemmnisse schließlich überwunden wird.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der Freien Demokratischen Partei hat sich dafür eingesetzt, daß die Kommunen von der Finanzausstattung her auf 22 % der Steuereinnahmen ansteigen konnten. Wir gehen nunmehr davon aus, daß durch die letztgenannten Maßnahmen die Finanzierung der Verwaltung überall gesichert ist, und es kommt jetzt darauf an auf allen Ebenen auch die erforderliche Qualität energisch anzustreben. Denn mit anderen halten wir eine gut funktionierende Verwaltung für eine ganz entscheidende Voraussetzung unseres Aufbaues, und das brauchen wir, wenn die kürzlich vereinbarten rechtlichen Sonderregelungen zur Investitionsförderung in den neuen Bundesländern wirklich greifen sollen.

Ich möchte, meine Damen und Herren, Ihnen noch sagen, daß auf der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Freien Demokratischen Partei aus den Bundesländern am vergangenen Wochenende in Hamburg die Weichen für eine Neuorientierung auch der Treuhandgesellschaft gestellt wurden. Dazu wurde der Beschluß gefaßt, den ich hier ganz kurz aufzeigen möchte: Erstens, die Treuhandanstalt hat sich in der bisherigen Form als Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern erwiesen; zweitens, die Treuhandanstalt ist dem Bundeswirtschaftsminister zuzuordnen; drittens die Einbeziehung der Länder in die Entscheidungsfindung der Treuhand ist unter Einhaltung kurzer Fristen sicherzustellen; viertens, unbestrittene Eigentumsansprüche von Kommunen an Grund und Boden sind schnellstmöglich so zu regeln, daß entsprechende Grundstücke in die Verfügungsgewalt der kommunalen Gebietskörperschaften überführt werden; fünftens, die Rückgabe enteigneten Vermögens hat Vorrang vor der Entschädigung, wenn der frühere

Eigentümer zur unverzüglichen, sinnvollen Nutzung des Eigentums bereit ist oder eine solche Nutzung zuläßt; sechstens, die Treuhandanstalt ist strukturell neu zu gliedern, u. a. so, daß operative Entscheidungen in den Niederlassungen erfolgen können, die Zentrale soll sich auf strategische Vorgaben beschränken; siebentens, die Privatisierung von Betrieben soll vorrangig die Entwicklung mittelständischer Strukturen fördern. Und da sich die Bundesregierung offensichtlich weitgehend diesem Beschluß angeschlossen hat, bin ich sicher, daß wir auch in Treuhandangelegenheiten, wenn auch spät, nunmehr doch zügig zum Zuge kommen werden.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal, die Fraktion der Freien Demokratischen Partei stimmt diesem Haushaltsentwurf zu.

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Für die Fraktion der PDS hat der Abgeordnete Herr Claus das Wort.

Abgeordneter Herr C l a u s (PDS) :

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Trotz der Ministervorführung vor einheimischer Mehrheitskulissee bei der Zweiten Lesung des Landeshaushaltes 1991 und viel Gerede

(Abgeordneter Herr Becker, CDU: Sehr blumig.)

muß man sagen, der Haushalt ist davon nicht besser geworden. Was hat die Rhetorikschärfe von der vorigen Woche dem Land gebracht: Nichts und wieder Nichts.

(Gelächter vom Abgeordneten Gürth)

Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger von Sachsen-Anhalt blieben draußen vor der Tür. Das Parlament lebt scheinbar in einem anderen Land. Die Koalition regiert bannmeilenweit vorbei an den Lebensinteressen der Leute, die aus der DDR kommen. Gar der Ministerpräsident wurde in den meinungsbildenden Zeitungen quasi zum Abschluß freigegeben - Nachfolger zeigen die Zähne und zählen die Milliarden. Ich will ja nicht zur Solidarität aufrufen von meiner Partei her, daß könnte wohl eher schaden. Demonstrationen und Widerstand der Betroffenen haben dem Kanzler und der Landesregierung die Wahrheit abgerungen. Dieser Kurs muß verändert werden. Dabei steht auch die PDS in der Opposition als konstruktiver Partner zur Verfügung - auch im Wissen um die Schuld für die jetzige Notlage. Nur wir lassen uns die sogenannte Bonner Osthilfe doch nicht als Geschenk einreden, nachdem die Steuerlüge geplatzt ist. Ich weiß jetzt auch besser, warum man Herrn Kohl immer den Steuermann der Einheit genannt hat.

(Beifall bei PDS, vereinzelt F.D.P.)

Ob dies von Waigel gelobt oder Stolpe von Ihnen kritisiert wird, ist, glaube ich, nicht die entscheidende Frage. Bittere Wahrheit ist doch, daß mit dem Einigungsvertrag die Ostländer quasi am Tropf der Bundesregierung und ihrer Treuhand hängen. So kann aber hier nichts gesunden. Die Landeskompentenz ist arg begrenzt. Wir haben einen Rumpfhaushalt, der weitgehend nur aus Rechtsverpflich-

tungen besteht. Der Aufschwung ist bisher ausgeblieben. Jüngste Informationen der Industrie- und Handelskammer besagen, daß selbst in der Bauwirtschaft der Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen ist.

Meine Damen und Herren!

Ich sehe das schon als eine Verhöhnung an, wenn CDU-Abgeordnete angesichts sozialer Härten - wie hier geschehen - von Einzelfällen sprechen. Da muß ich Sie doch wirklich fragen: Kennen Sie den Schnitzler noch? - Das ist doch nun hier wirklich Schwarzer Kanal, was Sie hier machen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Abgeordneter Dr. Böhmer, ich hoffe, Sie sind mit Ihrer Meinung ein Einzelfall in Ihrer Fraktion.

Natürlich sind Hunderttausende von Arbeitslosigkeit und von Kurzarbeit Betroffene auch als Einzelfälle zu sehen.

Meine Damen und Herren!

Viele unserer Forderungen gehen an die Bonner Adresse, denn nur dort kann tatsächlich eine neue Ostpolitik beschlossen werden. Die PDS-Fraktion fordert die Landesregierung auf, sich auch nach der Finanzdebatte für folgende Vorschläge einzusetzen. Ich gehe mal davon aus, daß Ihre Mehrheiten heute kräftig genug zum Beschließen vertreten sind.

Erstens: Sachsen-Anhalt braucht wie alle neuen Bundesländer den Länderfinanzausgleich ab 1992. Die Grundgesetzverletzung kann nicht länger hingenommen werden. Der Fonds Deutsche Einheit soll sich auf das Jahr 1991 konzentrieren und dann abgeschafft werden. Der Einigungsvertrag braucht eine generelle Novelle im Sinne einer Gesamtkorrektur. Spätestens bis zum Donnerstag, dem 3. Oktober 1991, sollte der Bundestag in Berlin darüber Klarheit schaffen.

Auch die anderen Europäer erwarten, daß wir das deutsch-deutsche Einigungsexperiment bürgerverträglich gestalten. Es ist durchaus kein Referenzprojekt, was wir hier vorführen. Außerhalb deutscher Grenzen stehen schon manche vor der DM-Kolonialisierung Ängste aus.

Der Kanzler hat leise gesagt, da haben wir etwas falsch gemacht. Aber zu dieser Konsequenz gehört jetzt auch der Mut, die Wahrheiten auszusprechen, die damit verbunden sind, und Veränderungen einzuleiten.

Zweitens: Es ist an der Zeit, die aus der DDR übernommenen Altschulden der Unternehmen und Kommunen zu streichen, da das zu einem großen Teil künstliche Schulden sind. Ein Gängelband der DDR-Führung wird sonst heimlich weiter benutzt. Nur Zinserlaß ist Schalck-Politik.

Besorgte Reden von Bürgermeistern und Kommunalpolitikern kommen uns dabei zu Ohren. Das macht wohl die Nähe zu den Problemen aus. Da braucht man nur Herrn Zeitler (?) vom letzten Montag zur man-

gelnden Finanzausstattung der Kommunen als Fehler im Einigungsvertrag zu hören! Und wenn ich hier dasselbe sage, reden Sie von Horrorgemälden und von der Apokalypse. Wenn man die Kommunalpolitiker reden hört, könnte man denken, die sind alle in der SPD oder noch schlimmer bei uns oder so angesiedelt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das macht Ihnen jetzt irgendwie auch zu schaffen?

Nehmen wir zum Beispiel die Landwirtschaft, wo wir dringend Maßnahmen zur Überführung der LPG in überlebensfähige Strukturen brauchen. Ich will Ihnen nochmals aus diesem Brief von Herrn Streibl aus Bayern an den Kassenwart Theo aus Bayern hier kurz nur diesen Satz zitieren, in dem der bayrische Ministerpräsident schreibt: "Ich muß Dir sicher nicht näher ausführen, welche Auswirkungen eine solche Konkurrenz für die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern hätte." Gemeint sind mit den Konkurrenten die LPG-Nachfolger. Da wird doch überdeutlich, worum es wirklich geht, und mit einer Änderung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes soll das nun besiegelt werden. Man kann nur warnen vor diesem verhängnisvollen Kurs.

Drittens: Die Treuhandanstalt muß zu 90 % in Länderkompetenz übertragen werden, aber nicht eben nur so, daß die Länder da mal mitmachen und die Ministerpräsidenten dort einen Sitz und eine Stimme bekommen, sondern indem tatsächlich die Landesregierung die Kompetenz darüber hat, was aus den Entscheidungen wird.

Es kann nicht länger sein, daß wirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden, für deren soziale Folgen die Abwickler dann nicht zuständig sind. Der Landeshaushalt könnte auf diesem Wege für 1991 und 1992 nach unseren Überschlagungen um einen Landessozialfonds in Höhe von 25 Milliarden DM und um einen Landeskommunalfonds in Höhe von 15 Milliarden DM gespeist werden. Was gegenwärtig mit der Treuhand gemacht wird, ist doch eine Politik, daß man den Sack schlägt und den Esel meint. Frau Birgit Breuel hat das bei einer Anhörung vor wenigen Tagen auch sehr schön zum Ausdruck gebracht: "Es ist doch eine wunderbare Situation, meine Herren Politiker, Sie sind doch gar nicht für die Treuhand verantwortlich. Das ist doch eine wunderbare Blitzableiterfunktion."

Morgen, Herr Ministerpräsident, ist die Chance in Bonn, wenn es zu dieser Beratung kommt, über Veränderungen zu sprechen. Nun sind die jüngsten Meldungen, die Herr Professor Haase soeben von der F.D.P. vorgetragen hat,(?)

Man sagt ja inzwischen, es solle keine Änderung an diesem Gesetz geben. Aber wir haben hier eine Regierungserklärung von Herrn Gies gehört, die diese Veränderungen einfordert, und ich muß doch darum bitten, daß diese Position auch morgen so vertreten wird. Ich finde es im übrigen unredlich, die Schelte hier nur an den Ministerpräsidenten zu verteilen - für eine Regierungserklärung, die ja eine Verlautbarung der gesamten Regierung und nicht des Ministerpräsidenten ist.

Und was endlich soll man von den selbstdarstellenden Reden von Herrn Minister Schreiber halten, der noch nicht einmal mit den Dezernenten für Gesundheitswesen der drei großen Städte beraten hat über die Probleme, die es hier gibt.

Viertens: Die Mietenpolitik 1991 in Sachsen-Anhalt muß ein maßgeblicher Haushaltsposten werden. Das ist sie ja auch. Damit allein wird es aber noch nicht zu machen sein. Eigentumswohnungen sind ein Weg unter anderen, aber keine vernünftige Gesamtlösung. Die Koalition sollte die Initiative auslösen, eine ostdeutsche Clearing-Instanz "Wohnen und Mieten 1991" anzuregen, in der Regierungsvertreter, Abgeordnete und Interessenverbände der Mieter und Vermieter über das ganze Jahr 1991 mitwirken. Niedrige Mieten sind doch der letzte soziale Altsockel der neuen Bundesländer. Die notwendigen Mieterhöhungen verlangen Bedacht. Regelungen und Vorschläge gibt es dazu auch von der CDU. Die Interessenverbände der Mieter und Vermieter müssen zusammenkommen und gemeinsam beraten, und Sie müssen auch die Opposition in die Pflicht nehmen. Opposition ist doch auch eine Riesenchance für Sie, die Chance der Fehlervermeidung, wenn Sie dieses Mittel der Kritik der Opposition nutzen.

Da muß ich wirklich sagen: Als der Abgeordnete Schaefer hier mal so vorsichtig Herrn Auer zitiert hat, der sich einmal kritisch geäußert hat, wie die Lage hier ist, und obwohl man dem Herrn Schaefer nun wahrlich nicht nachsagen kann, daß er einen Knolle-Stil an den Tag legt.

(Heiterkeit bei der PDS und SPD)

Der Abgeordnete wollte sicher unverfänglich sein und hat deshalb Herrn Auer hier ausgewählt und gar nicht mit Ihrer Kritik gerechnet. Er hätte auch Herrn Engel oder Herrn Höppner zitieren können, die haben so etwas auch gesagt, nur Monate früher.

(Heiterkeit bei der PDS und SPD)

Fünftens: Die Golfkrisenmilliarden sind ohne gesetzliche Grundlage übersandt worden. Minister Münch hat hier auf meine Anfrage, die ich in diesem Zusammenhang gestellt habe, lediglich erklärt, daß er nicht der Bundesfinanzminister sei. Das hatte ich selbst schon mitbekommen.

(Heiterkeit)

Und ich muß sagen, ich hoffe nur, daß die vielen Besucher, von denen Herr Minister Münch hier geredet hat, die ihn in der vergangenen Woche alle aufsuchen wollten, diese Arroganzschau unbeschadet überstanden haben. Wir denken aber gerade, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Zeichen setzen muß, daß das vereinte Europa seine Rüstung stoppt. Und Sachsen-Anhalt sollte dabei mit Initiativen im Bundesrat vorangehen.

Sechstens: Der Landesregierung überläßt das Parlament mit dem zu erwartenden Mehrheitsbeschluß die Verfügung über 1,9 Milliarden DM aus dem sogenannten neuen Bonner Ostzuschlag. Wir fordern die Regierung auf, spätestens im Mai 1991, also vor dem Nachtragshaushalt

halt, über die beabsichtigte Verwendung dem Landtag eine Entscheidung vorzuschlagen.

Und Herr Haase, da können Sie ja ruhig stolz sein auf den ausgeglichenen Haushalt; aber am Montag war in der Presse durchaus zu lesen von Herrn Minister Münch, daß er an Kredite denkt, und zwar in der Größenordnung von 1,9 Milliarden DM, getreu dem Motto: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.

(Minister Herr Professor Münch: Red' doch nicht solch ... - Zurufe von der CDU: Schwachsinn!)

Nun zu dem schwierigen Problem der Abstimmung, meine Damen und Herren, vor dem wir alle mal wieder stehen.

(Zuruf von Herrn Scheffler, CDU: Meinen Sie dies alles ernst, was Sie hier daherschwätzen? - Unruhe im Saal)

Ich denke, Herrn Scheffler muß man nicht kommentieren, da sehe ich nur immer zu, daß ich das im Protokoll wiederfinde.

Das schwierige Problem der Abstimmung für unsere Fraktion ist ja nun immer das: Wir stehen ja immer in der Peinlichkeit, wenn wir gerade mit unserer Zuneigung diskreditieren. Nehmen sie mal an, wir sagen ja, weil ja was dran ist, daß man sozusagen Mittel locker machen muß. Das wäre ja die Zustimmung von ganz links. Sie erinnern sich: Das ganze "Buchholz" käme hier ins Wanken.

(Heiterkeit)

Oder nehmen wir mal an, wir wählten die Methode der Liberalen, bei unangenehmen Abstimmungen rauszugehen

(Gelächter bei der PDS)

und uns hier sozusagen die parlamentarische Notdurft vorzuführen,

(Zurufe von der CDU)

was da etwa so ist, als ob die F.D.P. in der Not ist, daß sie wegen der CDU nicht darf. Da bleibt uns nur zu sagen: Nein.

(Unruhe im Saal)

Denn dieser Haushalt ist kein Haushalt, er ist nur eine Verneinung vor der Bonner Regierung. Andere Länder machen es anders. Vielleicht, Herr Gies, kommen Sie mal auf den Dreh, Ihrem Nachbarn, dem Nörgler Biedenkopf, wenn er mal wieder am Bundeskanzler etwas zu meckern hat, anzuempfehlen oder zu parieren mit der Bemerkung, daß man ja nicht unbedingt tapezieren muß, wenn der Nachbar tapeziert.

(Heiterkeit bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD. - Zuruf von der CDU: Alte SED-Parole!)

Das war mein Stichwort.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS)

Das wollte ich nämlich zum Schluß noch sagen, da Sie immer da SED-Erbe bemühen und ich selbst redlich hier bekennen muß, da ich das nicht zum ersten Mal tue, daß uns dieses Erbe in eine schlimme Situation gebracht hat, was übrigens - da Sie immer unseren Motiven suchen - für nicht wenige bei uns ein ganz entscheidendes Motiv war, in diesem Herbst und danach Verantwort zu übertragen - der Redner sagt wörtlich: "zu übertragen" - u ein Stück von dieser Schuld mit abzubauen.

(Unmutsäußerung bei CDU und F.D.P.)

Sie müssen nicht heulen, das verlange ich nicht. Aber für den gescheiterten Kurs des Einigungsvertrages können Sie nun diese Partei nicht zuständig machen. Und wenn Sie immer die ehemaligen Genossen beschimpfen, machen Sie doch mal folgende Rechnung an. Es ist doch unschwer zu erkennen, daß die CDU mehr Stimmen von den ehemaligen SED-Mitgliedern bei jeder Wahl erhalten hat als beispielsweise die PDS.

(Beifall bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD)

Daran wird auch der SPD-Beschluß mit der Aufnahmelockerung nicht allzuviel ändern; denn diese Jungs neigen von Gewohnheit her Macht hin.

(Heiterkeit und Beifall bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD)

Es ist doch an dem, daß viele aus der SED mit dem gleichen Grund ausgetreten sind, mit dem sie mal eingetreten sind.

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen, wenn Sie bitte zum Schluß kommen.

Abgeordneter Herr C l a u s (PDS):

Darf ich noch meinen Schlußsatz formulieren?

(Zuruf von der CDU: Reden wir über den Haushalt oder worüber?)

Der Präsident hat mich gemahnt, tun Sie das nicht auch noch. können ja dann mit Nachfragen helfen.

Also, ich will hier sagen: Wir wollen ja gar nicht in Anspruch nehmen, als PDS von der CDU so behandelt zu werden, wie die SPD die CDU behandelt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD)

Und ich möchte nun sagen: Die Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus stimmt dem Gesetzentwurf mehrheitlich nicht zu - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD)

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Als nächster hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Scharf das Wort.

Abgeordneter Herr S c h a r f (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Unruhe im Saal)

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Darf ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit bitten!

Abgeordneter Herr S c h a r f (CDU):

Ich denke, Herr Abgeordneter Claus, der Rest war so schön, darauf muß ich noch einmal eingehen: Sie wollen dem Entwurf des Haushalts in der Dritten Lesung mehrheitlich nicht zustimmen. Also haben Sie eine knappe Mehrheit der Ablehnung in der eigenen Fraktion, und die meisten wollen dem doch zustimmen?

(Gelächter bei CDU und F.D.P.)

Zum zweiten: Ich habe vieles nicht so genau verstanden an Ihrer Intention. Aber Sie hatten natürlich einen schönen Freudschen Versprecher. Sie sprachen davon, daß Sie sich entschlossen haben im Herbst die Verantwortung "zu übertragen, um Schuld abzubauen". Sie wollten wahrscheinlich sagen: zu übernehmen. Aber "übertragen" ist völlig richtig, weil Sie wahrscheinlich innerlich gespürt haben, daß Sie jetzt nicht mehr dran sind, Verantwortung zu tragen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren! Die fleißige Arbeit der Mitarbeiter des Landtages hat es mir ermöglicht, gestern abend noch einmal die Passagen im Wortprotokoll der Zweiten Lesung nachzulesen. Und möchte ich einmal ganz herzlich den Mitarbeitern hier auf der Stenographenbank danken. Ich weiß nicht, ob wir uns schon bei denen bedankt haben, die es so schnell ermöglicht haben,

(allgemeiner Beifall)

also, die hier eine fleißige Arbeit leisten, die ich immer nur mit Verwunderung - jetzt habe ich mich selber versprochen -, mit Bewunderung zur Kenntnis nehmen kann. - Ja, der Freud ist ein sehr gefährlicher Freund.

Ich möchte noch einmal ganz kurz aus dem Wortprotokoll zitieren. Und zwar sagte Herr Abgeordneter Schaefer bei seiner Einbringungsrede:

"Das Ministerium für Finanzen wird abschließend beauftragt, der Neu...."

Das ist das falsche Blatt, das macht nichts. Herr Abgeordneter Schaefer hat also gesagt, daß er im wesentlichen diesem Haushalt in der Beschlußentwicklung im Haushaltsausschuß zugestimmt hat und daß er aber empfiehlt, diese ganze Angelegenheit doch noch einmal in den Ausschuß zurück zu überweisen. Und wir fragen uns natürlich: Was sollte dieser Schlenker, noch einmal zurück zu überweisen?

(Zuruf von der SPD: Das habe ich doch ausführlich erklärt. Das stand auf der nächsten Seite. - Heiterkeit)

Nein, ich denke nicht. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Sie folgten in den Ausschüssen ohne großen Widerstand dem, was wir von den Koalitionsfraktionen vorgetragen und empfohlen haben. Und ich denke: Noch vor der Zweiten Lesung versuchten Sie ja, Herr Höppner, in der Presse unseren Haushalt zu zerreißen, was Ihnen offensichtlich - denke ich - nicht gelungen ist, wie es auch in der Presse eigentlich widergespiegelt worden ist. Und dann, muß ich Ihnen sagen, habe ich eigentlich erwartet, daß in der Zweiten Lesung ein ganzer Packen von Änderungsanträgen kommt. Da hätten Sie doch die Möglichkeit gehabt, wenn nicht schon im Ausschuß, dann in der Zweiten Lesung, noch einmal ...

(Beifall bei der CDU)

Und ich muß Ihnen auch sagen: Ich kenne eine ganze Menge Stellen in unserem Haushalt, die argumentativ nicht ganz so gut abgesichert sind, so daß ich eigentlich erwartet hätte, daß man als Opposition darauf ein bißchen näher eingegangen wäre. Ich habe das eigentlich tatsächlich erwartet.

(Abgeordneter Herr Dr. Höppner, SPD: Das ist sehr interessant, daß Sie das sagen. Können Sie nicht mal ein paar Stellen nennen?)

(Gelächter bei der CDU - Abgeordneter Herr Scheffler, CDU: Brauchen Sie Nachhilfe, Herr Höppner?)

Ich denke, wir haben eine gewisse Arbeitsteilung hier im Hause,

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

und da müssen Sie Ihren Part spielen. Und ich habe manchmal den Eindruck, daß Sie fast außerparlamentarische Opposition gespielt haben. Aber das ist doch eigentlich nicht der Part, den wir hier brauchen. Wir brauchen Sie ja tatsächlich als Korrektiv; wir machen ja nicht alles richtig.

Ich denke hier auch noch einmal an die fleißige Arbeit der CDU-Arbeitskreise, die natürlich im Hintergrund all dies mit ermöglicht haben. Wir hätten sonst die Qualität in der Zweiten Beratung - so denke ich - nicht erreicht.

Ich will hier in der Dritten Lesung doch noch einmal einige Schwerpunkte unserer Politik benennen. Wir nehmen die von uns nicht verschuldete aber anerkanntermaßen recht schwierige wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt ernst, aber wir reden keine Apokalypse herbei.

(Zuruf von der SPD: Die ist schon da!)

Ich denke, es gibt auch so etwas wie Herbeireden, gerade in der Politik.

(Zuruf von der SPD: Das ist aber nicht nötig!)

Wir nehmen weiterhin die Forderungen ernst, einen seriösen Haushalt aufzustellen. Und hierzu sind wir nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz verpflichtet. Und dank den erfolgreichen Verhandlungen in Bonn ist von den Koalitionsfraktionen ja auch ermöglicht worden, von den ursprünglich 9,86 Mrd. DM im Haushalt auf jetzt 11,25 Mrd. DM hinaufzugehen. Das heißt, wir haben den Haushalt schon jetzt um 1,39 Mrd. DM aufgestockt.

Und ich denke, es ist noch etwas ganz wichtig: Dieser Haushalt enthält jetzt schon ungefähr 2 Mrd. DM investive Elemente. Der alte hatte 1,1 Mrd. DM, jetzt haben wir 2 Mrd. DM investive Elemente. Ich denke, das ist bei diesem Gesamtvolumen schon eine ganz stattliche Zahl. Und alles, was an Investitionshindernissen gesagt werden muß, muß auch im Lichte dieser Zahl gesagt werden, die jetzt tatsächlich für uns hier bereitsteht.

Ich denke, wir müssen darüber hinaus auch noch daran denken, daß 258 Mill. DM mehr Zuweisungen an die Gemeinden bereitstehen, die auch größtenteils investiven Charakter haben. An die weiteren Beschlüsse aus der Ministerpräsidentenkonferenz möchte ich hier nur noch einmal erinnern, aber darauf nicht weiter eingehen.

Ich denke, wir haben in diesem Haushalt einen soliden Grund für den Programmaushalt gelegt, der dann noch einmal deutlich Impulse für unser Land vermitteln wird. Und auch diesen Haushalt werden wir solide finanzieren und uns auf alle Fälle auf die im Grundgesetz im Artikel 115 festgesetzte Obergrenze für Neuverschuldungen beschränken. Ich möchte noch einmal daran erinnern. Dort steht drin, daß die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten dürfe. Und wenn Sie dem Finanzminister vorwerfen, daß er angedeutet hat, er werde demnächst Kredite aufnehmen, und wenn Sie die Zahl angedeutet haben, die Sie sich für eine Kreditaufnahme vorstellen können, und wenn Sie dann in Erinnerung haben, daß ich gesagt habe, wir haben jetzt schon 2 Mrd. DM investive Elemente, dann wissen Sie, daß wir uns bis jetzt überhaupt nicht über die uns vom Gesetz her vorgeschriebene Obergrenze hinaus begeben, auch nicht in evtl. Denkmodellen. Denken wir immer daran: Würden wir schon jetzt bei dem Haushalt der Rechtsverpflichtungen umfangreich auf Kreditaufnahmen angewiesen sein, könnten wir spätestens 1992 in größte finanzwirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns diesen Haushalt zügig verabschieden. Wir arbeiten schon am Nachtrag, und dazu sind Sie herzlich eingeladen. Am fehlenden Geld kann der Aufbau im Osten unseres Vaterlandes nun bald nicht mehr scheitern. Andere Hinderungsgründe wurden hier genannt, die wir auch ernsthaft bedenken und die tatsächlich abgebaut werden müssen. Es ist nicht alles nur mit Geld zu lösen. Das ist ganz klar. Lassen Sie uns zügig die noch notwendigen Strukturveränderungen vornehmen, neue Strukturen schaffen, in denen die veranschlagten Mittel dann auch tatsächlich wirken können. Lassen Sie uns das Aufbauwerk im Osten gemeinsam anpacken. Wir müssen diese Aufgabe gemeinsam bewältigen, und ich denke, wir werden diese Aufgabe auch bewältigen. Keiner soll abseits stehen. Wir werden Sie mit in diese Aufgabe hineinnehmen, mit in die Verantwortung hineinnehmen.

Noch ein paar Anmerkungen zu Ihrem Antrag betreffs der Rechtsverpflichtungen gegenüber den Kirchen: Ich denke, wir sind uns in diesem Hause darüber weitgehend einig, daß hier Verpflichtungen bestehen, die eingehalten und eingelöst werden müssen. Ich denke, in dieser Hinsicht ist dieser Antrag unproblematisch. Aber ich denke, es kommt auch darauf an, über gewisse Einzelheiten dieser sich hieraus ableitenden Rechtsverpflichtungen noch einmal zu sprechen, zumal wir ja tatsächlich hier im Lande Sachsen-Anhalt auch neue Strukturen haben, so daß ich vorschlagen würde, wir beraten dies im Finanz- und im Innenausschuß noch einmal gründlich. Aber ich denke, vom Inhalt dieses Antrages, von der Tendenz her machen wir keine Abstriche. Da sind wir uns, glaube ich, einig, daß wir in dieser Richtung zusammenwirken müssen. Schönen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat der Abgeordnete Herr Tschiche das Wort.

Abgeordneter Herr T s c h i c h e (Bündnis 90/Grüne):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich müßte die CDU ja wissen, daß Besprechen für Christen verboten ist, weil es zum Okulten gehört. Und was ich hier erlebe, ist ein dauerndes Besprechen der Situation. Man möchte nämlich die Situation anders darstellen, als sie wirklich ist. Und wenn wir versuchen, die Situation so darzustellen, wie sie ist, dann ist hier die Rede davon, das wäre ein Apokalypsenbild.

Wenn ich Ihnen zuhöre, fällt mir immer ein Kindheitserlebnis ein: Wenn ich in den dunklen Keller gehen wollte, hatte ich Angst, und dann habe ich laut gepfiffen.

(Heiterkeit bei Bündnis 90/Grüne, SPD und PDS)

Manchmal habe ich den Eindruck, Sie pfeifen laut, um Ihre Angst nicht zu zeigen, um die es hier geht!

(Heiterkeit und Beifall bei B'90/Grüne, SPD und PDS)

Oder ernsthafter und anders gesagt: Meine Damen und Herren, es ist nicht zu verkennen, daß Sie sich tatsächlich bemühen, die eingetretene schwierige Situation in den Griff zu bekommen oder zumindest die Folgen einer Nachfolgepolitik, nämlich der Nachfolgepolitik falscher politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen in Bonn, abzufangen. Diese Bemühungen sind hier deutlich geworden. Es ist unbestritten - und das ist von der SPD immer wieder von neuem gesagt worden -, daß die Entscheidungen, die voriges Jahr von der Koalition gefällt wurden, falsch waren. Auch die Koalition in Bonn hat sich geändert, und nur weil die Koalition sich geändert hat und weil das ungleiche Pärchen Stolpe und Biedenkopf gedrängelt hat, hat sich die Situation dahingehend verändert, daß nun wirklich das gemacht wird, was unbedingt gemacht werden muß, nämlich daß in diesem Lande die entsprechende Anschubfinanzierung - wie man das immer genannt hat -, also das entsprechende Gesellschaftliche und Politische getan wird, damit die ökonomische Situation in diesem Lande sich nicht zu einer Katastrophe ausweitert und die entsprechenden sozialen und sozialpsychologischen Folgen dann herbeibringt.

Mein Eindruck ist also, daß hier spät etwas gemacht wird. Ich habe mit Ihnen nur die Schwierigkeit, daß Sie nun behaupten, das Fahrrad, das Herr Romberg voriges Jahr im Herbst längst erfunden hat, nun neu erfunden zu haben.

(Beifall bei B'90/Grüne, SPD und PDS)

Es ist von den Oppositionsparteien in der Volkskammer eindeutig gesagt worden, in welche Richtung die politische Entwicklung laufen sollte.

Nun sagen Sie, Sie würden den eigentlichen, den entscheidenden Haushalt nachliefern. Und Sie haben ja unterdessen auch den entsprechenden Finanzierungsrahmen für diesen Haushalt. Mein Problem ist nur, ob Sie sich nicht unter Umständen erneut irren, d. h., ob nicht erneut die Einschätzung der Situation und damit die Einschätzung der nötigen Mittel bei Ihnen verkehrt ist. Und weitgehend scheint das so auszusehen. Denn dieses Ding kommt nur zum Laufen, wenn wirklich die erwarteten Investitionen der Privatwirtschaft nachfolgen. Und im Augenblick sieht es immer noch so aus, als wenn die Privatwirtschaft zögerlich ist. Und das hängt offensichtlich damit zusammen, daß bestimmte Vorentscheidungen nicht gefallen sind.

Nehmen wir doch einmal die berühmt-berüchtigte Eigentumsfrage. Offenbar sind Sie nun zu einem entschlossenen "Jein" bereit.

(Heiterkeit bei B'90/Grüne, SPD und PDS)

Also das heißt, Sie wollen sagen: Einerseits sind wir für das alte Muster, Rückgabe geht vor Entschädigung, sagen aber jetzt: Wir sagen es immer noch, aber wir meinen es nicht ganz so ernst. Und zum Schluß weiß derjenige, der nun investieren will, nicht genau: Was wird jetzt entschieden? Heißt es jetzt, Entschädigung geht vor Rückgabe, oder heißt es jetzt, Rückgabe geht vor Entschädigung?

digung? Und dann werden die Damen und Herren oder die Gesellschaften, die das Geld haben, immer noch fern bleiben.

Hier müssen eindeutige Entscheidungen getroffen werden. Und es ist natürlich schwierig: Auf der einen Seite ist der Herr Lambsdorff, der hat statt des lieben Gottes das Eigentum, und auf der anderen Seite ist Herr Blüm, der hat ein soziales Gewissen, behauptet er jedenfalls immer, und dann ist wiederum der Herr Kanzler in der Mitte, der es eigentlich jedem Recht machen will, und sitzt und sitzt und sitzt.

(Heiterkeit)

Bisher ist er noch nicht sitzengeblieben.

(Abgeordneter Schenk, CDU: So ist es!)

Ja, er ist noch nicht sitzengeblieben, aber aufgrund dessen, Herr Schenk, daß permanent Leute da waren, die ihm Nachhilfeunterricht gegeben haben!

(Schallende Heiterkeit bei B'90/Grüne, SPD und PDS)

Lassen wir jetzt die Sprüche. Das haben Sie ja vorhin angemahnt. Gehen wir also zu der Situation zurück.

(Abgeordneter Becker, CDU: Das war sogar mal ein guter Spruch!)

Ich weiß, Herr Becker.

Meine Damen und Herren!

Das Problem, das wir in unserem Land haben, daß die Leute, die hier wohnen, von hohen Ängsten geplagt sind, und sie kriegen diese Ängste nicht weg, in dem sie dauernd behaupten, es ist nicht so schlimm, wie ihr es selber verspürt, und dann merken die Leute plötzlich, es ist doch so schlimm, und dann reden Sie ihnen wieder ein, aber es wird bald besser sein. Aber wenn Sie mit erwachsenen Menschen umgehen wollen, dann müssen Sie ihnen sagen, was Fakt ist. Die Leute in Sachsen-Anhalt wohnen doch nicht in einem Kindergarten. So geht man nicht mal mit Kindern um, sondern man sagt, was ist, und wenn man weiß, was ist, kann man vielleicht auch eine Veränderung herbeiführen.

(Beifall bei B'90/Grüne und PDS)

Nun haben Sie gesagt, warum habt ihr denn keine Gegenentwürfe gemacht?

Meine Damen und Herren!

Der Versuch, Gegenentwürfe in diesen Haushalt einzubringen, war angesichts Ihrer Entschlossenheit, diesen Rumpfhaushalt möglichst schnell zu verabschieden, so gut wie unmöglich. Es steht Ihnen ja auch in gewisser Weise ein Recht zu, denn Sie mußten die Verwaltung ins Laufen bringen, und wenn Sie von vorherein gesagt hätten, wir machen einen Rumpfhaushalt und das Entscheidende kommt dann noch, dann wäre es ja gut gewesen. Aber Sie haben gesagt, wir machen einen Haushalt ohne Schulden, und für den Moment habe

ich gedacht, daß soll der ganze sein, und erst später kam dann heraus, das ist ein Haushalt mit Fortsetzungen. Hoffentlich hat dieser Fortsetzungsroman auch ein Happy-End!

Hoffentlich erweist er sich nicht als eine Krimi-Tragödie, an deren Ende die Bürgerinnen und Bürger die falschen Entscheidungen von Politikern bezahlen müssen.

Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen, und zwar nicht deswegen, weil irgend jemand faul war. Vielleicht dazu noch eine Anmerkung:

Ich kann das schon nicht mehr hören mit "fleißig". Das ist eine Sprachmelodie, die höre ich immer aus den Schulen, fehlt bloß noch, daß jemand hier mit Bienchen rumläuft.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es ist sozusagen die selbstverständliche Aufgabe von Leuten, ihre Arbeit zu tun, und dieses Wort "fleißig" ist ein Begriff aus dem Tugendkatalog des vorhergehenden SED-Staates, und daher bin ich gegen dieses Wort so allergisch und denke immer, Leute, irgendwo holen euch eure Begriffe eurer Vergangenheit immer wieder mal ein.

(Beifall bei B'90/Grüne und PDS)

Wir werden dem Haushalt deshalb nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dieser Haushalt wird in seinem ursprünglichen Ansatz ein Eulenspiegel-Haushalt. Er spiegelte etwas vor, was in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist, und wir sind nicht bereit, die Spätfahrrad-Erfinder nun durch die Zustimmung zu unterstützen, sondern wir wollen Roß und Reiter nennen, und ich habe immer den Eindruck, Sie fangen sich die fremden Pferde ein, die andere Leute zugeritten haben, und sagen dann, wir sind die besten Dressurreiter dieser deutschen Republik. So ist es nicht. Es ist vorhin hier irgendwo gesagt worden, es wäre der beste Haushalt in Deutschland. Ich habe darauf gewartet, daß Herr Haase sagt, der Welt.

(Heiterkeit bei B'90/Grüne und PDS)

Und es gibt, das muß auch klar sein, keinen Haushalt in Deutschland ohne Schulden. Herr Scharf hat das sachkompetent erklärt, wie das zusammenhängt, und ich denke, daß ist in dieser Weise auch richtig.

Vielleicht einen kleinen Schlenker zum Schluß, meine Damen und Herren: Wir hatten ursprünglich überlegt, noch einen Änderungsantrag einzubringen.

(Präsident Herr Dr. K e i t e l : Würden Sie wirklich zum Schluß kommen?)

Ja, ich mache Schluß, aber den verschieben wir auf den Nachtragshaushalt. Wir hatten uns nämlich überlegt, daß jeder Abgeordnete 1.000,- DM von seinem Salär für die Abteilung Soziales zur Verfügung stellen sollte, wie das Wirtschaftsministerium immer sagt,

auch mit der Begründung:

Als wir damals das Abgeordnetengesetz beschlossen haben, haben wir gedacht, es geht in diesem Lande bergauf. Da es aber nun bergab geht, müßten wir also ein Stück die Bevölkerung bei dieser Bergabtour begleiten. Aber das können wir vielleicht nachher im Nachtragshaushalt noch einmal besprechen.

(Beifall bei B'90/Grüne und PDS)

Ich danke Ihnen.

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Innerhalb der eingangs beschriebenen ersten Beratungsrunde hat der Abgeordnete Stollberg als letzter von der Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Herr S t o l l b e r g (CDU) :

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe nicht die Absicht, die Charakteristik dieses Haushaltsentwurfes als Ausdruck solider Finanzpolitik auf der Basis sozialer Marktwirtschaft darzustellen. Ich meine, dazu ist in der Zweiten Lesung ausreichend gesprochen worden. Außerdem muß nicht wiederholt werden, daß der Haushaltsentwurf die Grundsätze christlich-sozialer und liberaler Politik widerspiegelt, wobei ich jetzt nicht unbedingt von Eulenspiegelereien sprechen müßte, Herr Tschiche, aber es stand nun einmal so im Konzept.

Eine Begründung der Erweiterung des Haushaltsvolumens um ca. 1 Mrd. DM, die Zusammensetzung ist Ihnen allen bekannt, ist auch ausreichend erläutert worden, ist auch nicht erforderlich, zumal die Finanzierung nicht mehr das Problem darstellt, dank auch des engagierten Ringens des Ministerpräsidenten und des Finanzministers in den Beratungen mit der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der alten Bundesländer seit Ende des vergangenen Jahres.

Meine Damen und Herren!

Ich kann ja verstehen, daß Sie die Ausnahmestellung, die unser Haushaltentwurf nicht nur in den neuen Bundesländern inne hat, abwerten, ihn als unausgegoren, wie es heute gesagt wurde, abzuqualifizieren versuchen, daß dieses Münchsche Modell, wenn ich es mal so nennen darf, daß Modell Sachsen-Anhalts allgemein Anerkennung gefunden hat, aber auch viel Neugier weckte, ist doch wohl unbestritten. Nicht umsonst interessieren sich auch SPD-regierte Länder dafür, und das tun sie bestimmt nicht vordergründig deshalb, um zu beweisen, daß sie die besseren Lösungen und besseren Konzepte haben.

Wenn ich die Debatte in der Zweiten Lesung betrachte, fällt mir an den Beiträgen der Opposition folgendes auf:

Erstens: Sie machten umfänglich den Versuch, jede Aktivität einschließlich der Aussage der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten, die sich positiv auf jede weitere Entwicklung auswirken muß, herunterzuspielen. Daß die zusätzlichen Mittel zusätzliche finanzielle Sicherheit bringen, ist doch wohl unbe-

stritten.

Zweitens: Stellen Sie berechnete Forderungen, die inhaltlich noch konkretisiert werden sollen und müssen und das möglichst schnell, dann können diese ohne Probleme ohne weiteres in den Nachtragshaushalt aufgenommen werden. Ich denke nur an die Ergänzung der Verpflichtungsermächtigungen für die Altenpflegeheimplätze, wo ja als Verpflichtungsermächtigung 100 Millionen DM aufgenommen wurden, und nach Fertigstellung der Altenheimförderliste wäre die Aufnahme in den Nachtrag ohne weiteres möglich.

Was die Erweiterung aus den Anträgen der Koalitionsfraktionen angeht, so hatten wir wirtschaftliche und soziale Schwerpunkte in den Mittelpunkt gestellt, die Komplementärmittel des Bundes freisetzen, da sie grundsätzlich Gemeinschaftsaufgaben betreffen und wir der Auffassung sind, daß da zuerst zugegriffen werden sollte, um hier auch sozial helfen zu können.

Und als drittens - und damit möchte ich eigentlich zum Schluß kommen -, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß entweder die Beratung ihrer Sprecher zur Zweiten Lesung zu den Einzelhaushalten ungenügend war oder daß eine Abstimmung nur mangelhaft zwischen den Mitgliedern Ihrer Fraktionen erfolgt ist, die im Finanzausschuß mit uns gemeinsam eine sehr gute Arbeit geleistet haben, um das in dieser kurzen Zeit durchzukriegen, oder, und das möchte ich eigentlich nicht glauben, daß die Sprecher, die in der Zweiten Lesung zu diesem Entwurf aufgetreten sind, die Hinweise ihrer Fraktionskollegen aus dem Finanzausschuß nicht verstanden haben. - Danke.

(Beifall bei der CDU und F.D.P. .)

Präsident Herr Dr. K e i t e l :

Meine Damen und Herren!

Damit schließe ich die erste Runde der Dritten Beratung ab und rufe die zweite Runde zu den Einzelplänen 03, 07, 11 und 20 auf.

Auf der mir vorliegenden Rednerliste steht für die Fraktion der F.D.P. der Abgeordnete Herr Lukowitz.

Abgeordneter Herr L u k o w i t z (F.D.P.):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe nicht die Absicht, zu den vorgeschlagenen Einzelplänen noch einmal zu reden, weil es aus unserer Sicht keine neuen Gesichtspunkte gibt. Ich hätte mich auch meines Beitrages enthalten, wenn die Reden, die bisher von der Opposition geführt worden sind, mich nicht dazu gedrängt hätten, zu einem Problem mich noch einmal bemerken zu wollen, nämlich ein Problem, was ich von der Logik heraus nicht verstehe.

Ich habe mir alle Mühe gegeben, den Beitrag der SPD zu verstehen. Ich habe mir alle Mühe gegeben, wie immer, Herrn Tschiche zu verstehen. Ich bin auch nicht dafür, daß Theaterspiel fabriziert wird, weil die Politik in unserem Lande ein viel zu ernstes Ding ist. Aber ich verstehe logisch einige Aussagen der Opposition

nicht, die auch nicht zusammenpassen.

Wir verhandeln einen ersten Haushaltsentwurf für dieses Land Sachsen-Anhalt. Wer hat denn das Recht, an diesen ersten Haushaltsentwurf Prädikate zu stellen, die man vielleicht im letzten Jahr dieser Legislaturperiode stellen kann?

Zweitens muß ich sagen, die Aufgabe jedes Haushaltsplanes ist es, die öffentlichen Verwaltungspflichten zu gewährleisten, und zwar horizontal und vertikal, um wirtschaftlich und sozial investiv direkt und anregend zu wirken.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P. und CDU)

Ich denke, daß beide Elemente in dem vorliegenden Entwurf enthalten sind, wenn auch nicht ausreichend, aber sie sind enthalten, und wir haben es schon so oft gesagt, der erste von der Regierung vorgelegte Entwurf hat sich vorrangig bemüht, die öffentlichen Verwaltungspflichten zu erfassen, und wir haben von der 1. Lesung zur 2. Lesung zusätzlich eingestellt oder erweitert eingestellt rund 1,4 Milliarden DM. Also die 1,4 Milliarden DM werden hier behandelt im Haus, als wenn es nichts wäre.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P. und CDU)

Die F.D.P. bezeichnet diese 1,4 Mrd. DM als den Beginn eines innovativen Haushaltes, und das muß man noch einmal deutlich sagen.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P. und CDU)

Diese 1,4 Mrd. DM sind für mich das Bemerkenswerte und auch der Ansatzpunkt für meine Konsequenzen, die ich ziehe. Diese 1,4 Mrd. DM sind eingestellt worden nach einer sehr kooperativen Arbeit in den Ausschüssen, und in den Ausschüssen sind offensichtlich alle Fraktionen vertreten, alle Abgeordneten, die hier im Hohen Hause sitzen, und für mich ist einfach nicht begreifbar, daß die Politik in den Ausschüssen so weit differiert von der Politik, die dann im Landtag durch die Fraktionen vertreten wird.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P. und CDU)

(Zuruf des Abgeordneten Herrn Dr. Höppner, SPD: Gegen die zusätzliche Sache war ja gar nichts zu sagen.)

Meine letzte Bemerkung ist, Herr Dr. Höppner, was ich überhaupt nicht begreife, ist, die Opposition hat keine Einwände bis auf den einen, den Sie nachgereicht haben, was die Kirchen anbelangt, gegen den Grundhaushalt, der aufgestellt wurde mit den Rechtsverpflichtungen, keine Einwände. Die Opposition hat keine Einwände aufgeführt gegen die zusätzliche Einstellung dieser 1,4 Mrd. DM. Das ist doch eine Grundfrage, und jetzt frage ich mich, warum letztendlich diese massive Ablehnung dieses Haushaltes kommt, wobei wir uns doch alle einig sind, daß ein Programmhaushalt sobald als möglich folgen soll, und es ist der Vorschlag der F.D.P. diesen Programmhaushalt noch vor der Sommerpause abzuschließen.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Münch: Da ist mit mir nicht gesprochen worden.)

Ich möchte es aus einem guten Grunde nicht noch einmal sagen. Wir haben Gespräche geführt.

Außerdem will ich darauf hinweisen, daß etwa in dem Haushalt von Niedersachsen ebensolche Positionen enthalten sind.

(Heiterkeit vor allem bei der CDU)

Wenn Sie mich jetzt provozieren, fange ich an zu sagen, wann ich wo darüber geredet habe, ich selber und auch andere Leute. Aber ich will jetzt keine Kontroverse. Bitte, mir geht es jetzt darum, und da freue ich mich mit dem Finanzminister darüber, daß er sagt, er kann dieser Sache so zustimmen. Dann will ich jetzt, nachdem diese Kleinigkeiten von mir noch einmal anders dargestellt worden sind, bitten: Stimmen wir darüber ab, und die Sache ist erledigt.

(Beifall vor allem bei der CDU)

Präsident Herr Dr. Keitel:

Meine Damen und Herren!

Damit schließe ich die Debatte zum Haushaltsgesetz 1991 in dieser 3. Beratung. Wir kommen nunmehr zum Abstimmungsverfahren.

Da über zusätzliche Änderungsanträge nicht mehr abzustimmen ist, stimmen wir zuerst über die Gesetzesüberschrift ab. Die Gesetzesüberschrift lautet "Gesetz über die Feststellung des Haushaltplanes für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991 - HG 1991)". Wer dieser Überschrift seine Zustimmung erteilt, den bitte ich mittels Stimmkarte um das Ja-Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe bitte. Wer lehnt das ab? - 2 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Ich bitte das auszuzählen. Bitte noch einmal die Stimmenthaltungen anzeigen.

Der Gesetzesüberschrift wurde also bei zwei Gegenstimmen und elf Stimmenthaltungen zugestimmt.

Meine Damen und Herren!

Ich schlage vor, daß wir entsprechend der Verfahrensweise bei der Zweiten Lesung die Abstimmung über das Gesetz wieder in seiner Gesamtheit vornehmen. - Ich sehe und höre kein Gegenargument und frage Sie deshalb, wer dem Gesetz in der Fassung der beschlossenen Änderungen seine Zustimmung gibt. Diejenigen bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. - Das ist offensichtlich die Mehrheit. Ich stelle die Frage nach den Gegenstimmen. - Bitte zählen. Bitte behalten Sie die Karten lange genug in der Luft, damit ordnungsgemäß abgezählt werden kann. - 34 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Ich sehe 4 Stimmenthaltungen. Damit ist das Haushaltsgesetz 1991 mehrheitlich beschlossen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Bei allen unterschiedlichen Bewertungen des soeben beschlossenen Haushaltsgesetzes, die auch die Debatte zutage gebracht hat, sollten wir uns bewußt sein, daß wir soeben einen historischen Moment für Sachsen-Anhalt erlebt haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Das freigewählte Landesparlament hat den ersten Haushalt mit Mehrheit gebilligt.

Ich danke von dieser Stelle, ohne das Wort Fleiß ausdrücklich zu benutzen, insbesondere dem Finanzausschuß und seinem Vorsitzenden Herrn Schaefer.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Ich danke auch allen anderen Ausschüssen, die Zuarbeiten geleistet haben, sowie den Arbeitskreisen; ich danke aber auch den Ausschußsekretären, der Landtagsverwaltung für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren!

Wie eingangs erwähnt, kommen wir nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD. Dieser Antrag liegt Ihnen in Drs. 1/264 vor. Er wurde begründet. Wünscht noch jemand das Wort dazu? - Wenn das nicht so ist, dann möchte ich diejenigen, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, um das Zeichen mittels Stimmkarte bitten. - Danke.

Die Gegenprobe. -

Stimmenthaltungen? - Diese Entschließung ist bei 2 Stimmenthaltungen angenommen worden.

Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir zum Schluß unserer heutigen Sondersitzung, auf drei Termine hinzuweisen.

Der Ältestenrat trifft sich morgen 13.00 Uhr zur Vorbereitung der zweitägigen Plenartagung.

Das ist auch der zweite Termin: 21. und 22. März 1991, Beginn jeweils 10.00 Uhr.

Die dritte Sache: Ich habe die Fraktionsvorsitzenden schriftlich zu einer Zusammenkunft am 20. 03. 1991, 17.30 Uhr, hier im Hause des Landtags gebeten.

Meine Damen und Herren!

PRPO-1/15

- 34 -

Wir sind am Ende unserer Tagesordnung angelängt. Ich bedanke mich für die konstruktive Mitarbeit und berufe das Plenum zur nächsten Sitzung am 21. 03. 1991, 10.00 Uhr, ein.

Ende der Sitzung: 14.48 Uhr